Be Part

minor

Teilhabe beginnt vor Ort!

Praxisbuch zur Förderung gesellschaftlicher und politischer Teilhabe in der Einwanderungsgesellschaft auf kommunaler Ebene

Christian Pfeffer-Hoffmann (Hrsg.)

Christian Pfeffer-Hoffmann (Hrsg.)

Teilhabe beginnt vor Ort!

Praxisbuch zur Förderung gesellschaftlicher und politischer Teilhabe in der Einwanderungsgesellschaft auf kommunaler Ebene

IMPRESSUM

Autor*innen: Maëlle Dubois, Esther Feiertag,
Anna-Elisabeth Hampel, Michael Kuhl

ISBN 978-3-96729-143-8

© 2021 Mensch und Buch Verlag

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Herausgebers unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Diese Publikation entstand im Rahmen von »BePart – Teilhabe beginnt vor Ort«, einem Projekt von

minor projektkontor für bildung und forschung

www.minor-kontor.de

Gestaltung: ultramarinrot.de
Umschlaggestaltung: Markel Anasagasti Intxausti
Bilder (von oben nach unten und links nach rechts):
© Landesnetzwerk Afrikanischer Vereine e. V.; © Club Dialog e. V.; © Alevitische Gemeinde Augsburg e. V.; © Deutsch-Tunesischer Verein für Familien und Kulturen e. V.; © IntB/Reinaldo Coddou H. 2019; © Abá e. V.; © Stadtteiltreff Wanne e. V.; © Verband binationaler Familien und Partnerschaften e. V.; © Neumünster Medien e. V.

Das Projekt »BePart – Teilhabe beginnt vor Ort« wird aus Mitteln der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration und der Bundeszentrale für politische Bildung gefördert.

Gefördert durch

Die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration

Gefördert durch die bpb: Bundeszentrale für politische Bildung

Inhaltsverzeichnis

1. Über dieses Praxisbuch 5

2. Die gesellschaftliche Beteiligung und Repräsentation von Menschen mit Einwanderungsgeschichte 7

3. Teilhabe in gesellschaftlich relevanten Gremien stärken: Das Projekt BePart 14

4. Projekterkenntnisse: Hürden und Chancen für vielfältige politische Teilhabe auf kommunaler Ebene 18

5. Strategien politischer Beteiligung von Menschen mit Einwanderungsgeschichte 29

6. Haupterkenntnisse der wissenschaftlichen Begleitung 60

Fazit 62

1. Über dieses Praxisbuch

Einwanderung prägt die deutsche Gesellschaft. Dies ist nicht nur ein statistischer Fakt, sondern zeigt sich in unserem Alltag, in unserer Sprache und in vielen Bereichen der Gesellschaft, sowohl im wirtschaftlichen als auch im kulturellen, sportlichen, religiösen oder politischen Kontext.

Jedoch nehmen Personen mit (familiärer) Einwanderungsgeschichte noch nicht in gleichberechtigter Weise am öffentlichen Leben teil. Nicht zuletzt spiegelt sich dieser Umstand in einer mangelnden Repräsentation in der politischen Sphäre wider: Bisher sind sie an der Mitgestaltung der Gesellschaft wenig beteiligt.

Um dieser politischen Unterrepräsentation entgegenzuwirken, hat sich das Projekt *BePart – Teilhabe beginnt vor Ort!* zum Ziel gesetzt, die gesellschaftliche und politische Teilhabe von Menschen mit (familiärer) Einwanderungsgeschichte auf kommunaler Ebene und in gesellschaftlich relevanten Gremien zu stärken.

Dieses Praxisbuch beleuchtet zuerst die wichtigsten Erkenntnisse aus Studien zur politischen Teilhabe von Menschen mit (familiärer) Einwanderungsgeschichte in Deutschland, um die Notwendigkeit zu handeln deutlich zu machen.

Anschließend wird der Handlungsansatz von *BePart* vorgestellt, ein Projekt der politischen Bildung und der praxisorientierten Forschung.

Ausgehend von den Erfahrungen der verschiedenen Projektbeteiligten analysieren wir die Voraussetzungen, Hürden und Chancen für die (Förderung der) Partizipation von Menschen mit Einwanderungsgeschichte.

Außerdem werden aus den Erfahrungen des Projekts erfolgreiche Strategien abgeleitet, mit denen eine vielfältige Teilhabe ermöglicht werden kann. Gelungene Aktivitätsbeispiele aus *BePart* sollen engagierten Akteur*innen als Handreichung und Inspiration dienen.

Abschließend werden die Haupterkenntnisse der wissenschaftlichen Begleitung des Projekts vorgestellt, die zum Ziel hatte, Erfolgsfaktoren für politische Teilhabe zu identifizieren.

2. Die gesellschaftliche Beteiligung und Repräsentation von Menschen mit Einwanderungsgeschichte

Viele Studien weisen auf eine **geringere politische und gesellschaftliche Beteiligung von Menschen mit (familiärer) Einwanderungsgeschichte** hin. Dies wirkt sich negativ auf die Demokratie aus, weil:

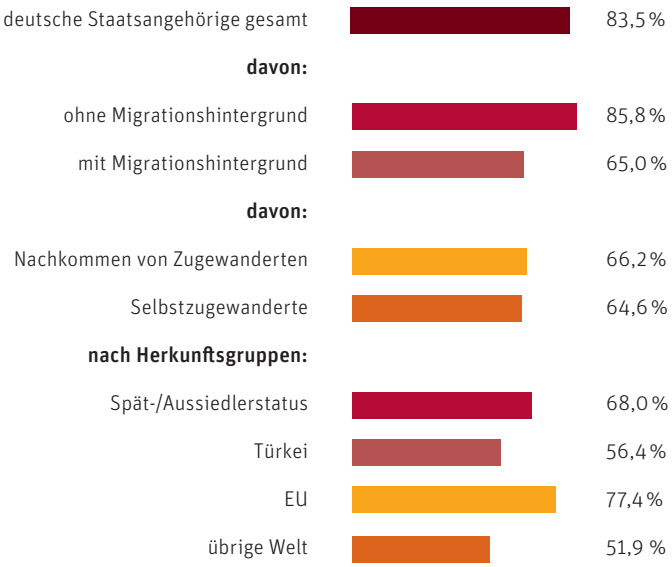
- **Themen** von Menschen mit (familiärer) Einwanderungsgeschichte in Entscheidungs- und Beratungsprozessen außer Betracht bleiben,
- ihre **Perspektiven** auf gesamtgesellschaftliche Themen marginalisiert werden,
- die **Meinungspluralität** in unserer Demokratie nicht gewährleistet ist,
- spezifische **Interessen** nicht vertreten werden,
- es zu einer Übergewichtung der Interessen jener Gruppen kommt, die keine Zugangsbarrieren haben,
- diese **politische Ungleichheit** das Gefühl schwächen kann, in einer Demokratie repräsentiert zu sein und
- das **Vertrauen** in das politische System damit untergraben wird.

Es ist zentral für das Funktionieren einer Demokratie, die Teilhabe aller zu stärken und zu einem pluralen demokratischen Willensbildungsprozess beizutragen.

Wahlbeteiligung

Am Beispiel der Bundestagswahl 2017

- Deutsche Staatsangehörige mit (familiärer) Einwanderungsgeschichte geben seltener an, an der Bundestagswahl teilgenommen zu haben.
- Dies ist vor allem der Fall, wenn sie selbst zugewandert sind (erste Generation).
- Die Wahlbeteiligung variiert auch nach Herkunftsgruppen.



»Am 24. September 2017 war die Wahl zum Deutschen Bundestag. Haben Sie an der Wahl teilgenommen?«
Anteil der »Ja«-Antworten unter den Befragten.

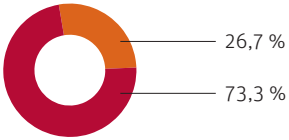
Quelle: Integrationsbarometer des Sachverständigenrats für Integration und Migration (SVR 2020).

Parlamentarische Repräsentation

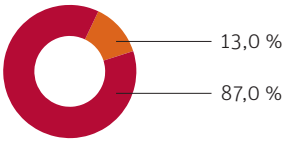
Auf Bundes- und Landesebene

- Menschen mit (familiärer) Einwanderungsgeschichte, mit und ohne deutsche Staatsangehörigkeit, machen ein Viertel der Bevölkerung aus.
- Weil nur Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit an den Bundestags- und Landtagswahlen teilnehmen können, ist der Anteil der Wahlberechtigten mit Einwanderungsgeschichte geringer.
- Der Anteil der Abgeordneten mit Einwanderungsgeschichte im Bundestag ist knapp so hoch wie der Anteil der Wahlberechtigten.
- In den Landtagen haben nur sehr wenige Abgeordnete eine Einwanderungsgeschichte.

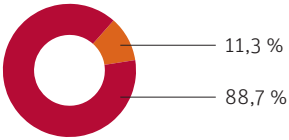
Gesamtbevölkerung
(Stand 2020)



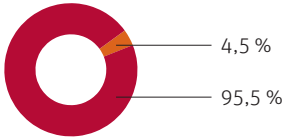
Wahlberechtigte
(Stand 2020)



Bundestagsabgeordnete
(Stand 2021)



Landtagsabgeordnete
(Stand 2015)



■ ohne Einwanderungsgeschichte ■ mit Einwanderungsgeschichte

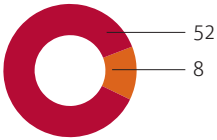
Quellen: Statistisches Bundesamt 2021, Mediendienst Integration 2021, Konferenz der für Integration zuständigen Ministerinnen und Minister/Senatorinnen und Senatoren der Länder 2019.

Parlamentarische Repräsentation in den Kommunen

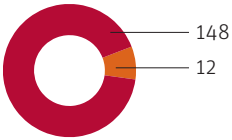
Beispiele aus dem Projekt *BePart*

- Es liegen keine umfassenden, aktuellen Daten zur Repräsentation in kommunalen Vertretungskörperschaften vor. Die letzte umfassender Studie hierzu wurde von der Heinrich-Böll-Stiftung unter dem Titel »Vielfalt sucht Rat« im Jahr 2011 veröffentlicht (Schönwalder et al. 2011).
- Daten aus den teilnehmenden Kommunen an *BePart* zeigen, dass das Ausmaß der Unterrepräsentation von Menschen mit (familiärer) Einwanderungsgeschichte stark variiert.
- Der erwartbar stärkste Zusammenhang ergibt sich zwischen dem Bevölkerungsanteil von Einwander*innen sowie ihren unmittelbaren Nachkommen und dem Anteil entsprechender Ratsmitglieder.
- Auch in Großstädten ist der Anteil von Ratsmitgliedern mit Einwanderungsgeschichte höher als im ländlichen Raum.
- In Kommunen, in denen schon länger viele Menschen mit Einwanderungsgeschichte leben und sich Strukturen der Teilhabe aufgebaut haben (z. B. Frankfurt), ist ihr Anteil an den parlamentarischen Repräsentant*innen ebenfalls tendenziell höher.

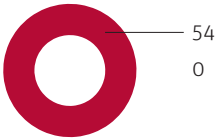
Augsburg (2020)



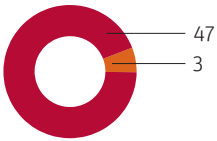
Berlin (2016)



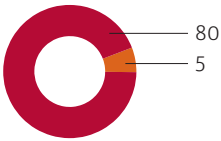
Burgenlandkreis (2019)



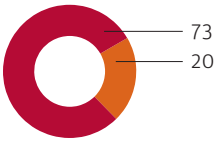
Erfurt (2019)



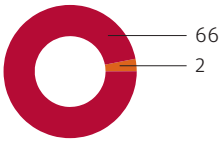
Essen (2020)



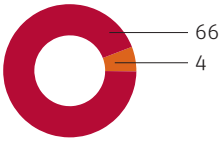
Frankfurt am Main (2021)



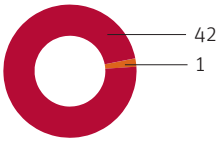
LK Osnabrück (2016)



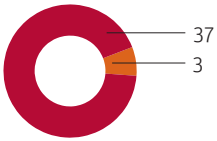
Leipzig (2019)



Neumünster (2018)



Tübingen (2019)



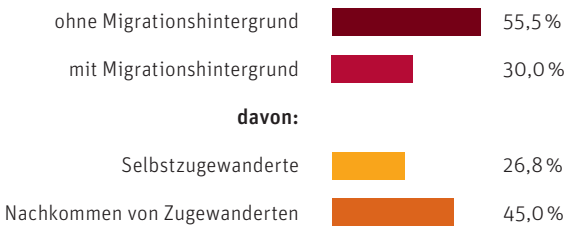
- Parlamentarier*innen ohne Migrationshintergrund
- Parlamentarier*innen mit Migrationshintergrund

Ermittlung über Websites der kommunalen Vertretungskörperschaften und Anschreiben der Fraktionen sowie fraktionslosen Mitglieder der Vertretungskörperschaften. Erhebung und Auswertung: Wüst/Deiss-Helbig 2021

Zivilgesellschaftliches Engagement und politische Teilhabe

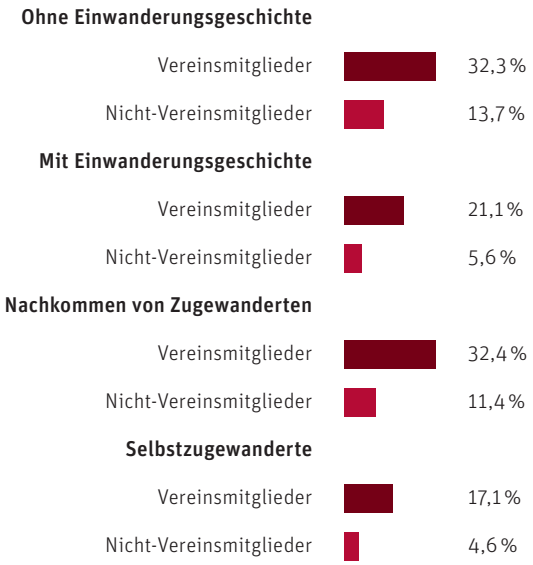
Erkenntnisse aus dem *BePart*-Forschungsteilprojekt

- Menschen mit (familiärer) Einwanderungsgeschichte engagieren sich seltener im zivilgesellschaftlichen Bereich, sowohl innerhalb als auch außerhalb organisierter und mitgliederbasierter Vereinsstrukturen.
- Befragte, die Mitglied in einem Verein oder einer gemeinnützigen Organisation sind – ob mit oder ohne Einwanderungsgeschichte – engagieren sich deutlich häufiger politisch als Personen, die keinem Verein angehören.
- Die Stärkung von zivilgesellschaftlichem Engagement kann also einen deutlich positiven Effekt auf politische Partizipation haben.



»Außerhalb von Politik kann man sich auch auf andere Weise engagieren. Sind Sie Mitglied in einem Verein oder einer gemeinnützigen Organisation, z. B. in den Bereichen Gewerkschaft, Umwelt, Kultur, Freizeit oder Sport?«
Anteil der »Ja«-Antworten unter den Befragten.

Quelle: Integrationsbarometer des Sachverständigenrats für Integration und Migration (SVR 2020).



»Es gibt einige Möglichkeiten, sich politisch in Deutschland zu engagieren. Man kann z. B. seine Position in politischen Diskussionen vertreten, an Demonstrationen teilnehmen oder aber in einer Bürgerinitiative oder Partei mitarbeiten. Sind Sie auf die eine oder andere Weise politisch aktiv?«
Anteil der »Ja«-Antworten unter den Befragten.

Quelle: Integrationsbarometer des Sachverständigenrats für Integration und Migration (SVR 2020).

3. Teilhabe in gesellschaftlich relevanten Gremien stärken: Das Projekt *BePart*

Auf dem Weg zu mehr zivilgesellschaftlicher und politischer Teilhabe von Menschen mit (familiärer) Einwanderungsgeschichte hat Minor – Projektkontor für Bildung und Forschung mit dem **bundesweiten Modellprojekt *BePart – Teilhabe beginnt vor Ort!*** vor allem gesellschaftlich relevante Gremien auf kommunaler Ebene in den Blick genommen.

Gesellschaftlich relevante Gremien vertreten verschiedene Gruppen von Menschen oder bestimmte Interessen und tragen zur Mitgestaltung der Gesellschaft und des Lebensumfelds der Menschen bei. Sie bilden die **erste Möglichkeit des demokratischen Engagements,** weil die dort besprochenen Themen greifbar und mit dem eigenen Lebensalltag verbunden sind: Das Essen in der Kita, die Sauberkeit der Grünflächen, das Tempo-30 in der Einkaufsstraße, Stellplätze für Rollatoren in der U-Bahn usw. Gleichzeitig werden in diesen Gremien auch strukturelle Themen aufgegriffen, wie z. B. die Entwicklung kommunaler Integrationskonzepte oder die bessere sprachliche und bürokratische Zugänglichkeit der Verwaltung.

Für viele Mitwirkungsformen in gesellschaftlich relevanten Gremien ist die deutsche Staatsbürgerschaft keine Voraussetzung. Die Hürden sind im Vergleich zu anderen Beteiligungsformen also niedriger.

Gesellschaftlich relevante Gremien sind strategische Anknüpfungspunkte für Maßnahmen, die gesellschaftliche und politische Teilhabe stärken wollen. **Durch das Erleben von Partizipations- und Entscheidungsprozessen sowie den Aufbau von Kompetenzen und Netzwerken öffnen sie Türen zu einer breiteren politischen Teilhabe.**

Gesellschaftlich relevante Gremien: Orte der Mitbestimmung

Beratungsgremien in der Kommunalpolitik

- Interessensvertretung soziokultureller Gruppen: Integrationsbeirat, Jugendparlament, Seniorenvertretung, Frauenbeirat, Behindertenbeirat
- Repräsentanz und Mitbestimmung in Stadtbezirken: Ortschaftsrat, Stadtteilparlament
- Bearbeitung von bestimmten Themen: Kulturbeirat, Kleingartenbeirat, Tierschutzbeirat

Andere institutionalisierte Gremien

- In Schulen und Kitas: Elternbeirat, Schülervertretung
- Im Quartier: Mieterbeirat, Quartiersrat
- In Pflegeeinrichtungen: Heimbeirat
- Im Personennahverkehr: Fahrgastbeirat

und viele weitere, nicht institutionalisierte Runde Tische und Initiativen …

Ergebnisse

Im Rahmen des Projekts *BePart* hat eine Vielzahl von Aktivitäten stattgefunden: Kommunalpolitische Erkundungen, interaktive Workshops zu Grundlagen der kommunalen Teilhabe und auch kreative Formate wie Filmworkshops, Social-Media-Kampagnen, usw. Diese Aktivitäten, die auf verschiedene Zielgruppen und Themen abzielen, haben viele Menschen mit Einwanderungsgeschichte für gesellschaftliche und politische Teilhabemöglichkeiten sensibilisiert und zu ganz konkretem Engagement ermutigt. **Im Laufe der Kleinprojekte kandidierten gleich mehrere Personen für Beiräte und gesellschaftlich relevante Gremien** – wie etwa für den Integrationsbeirat in Leipzig oder die Elternvertretung an der Grundschule Wanne in Tübingen – und wurden gewählt. Für andere Vertretungsgremien konnten Interessierte gewonnen werden, zum Beispiel für die Seniorenvertretung in Berlin und Essen. **Zudem gründeten sich Runde Tische in Kommunen, in denen es bisher noch keine fest etablierten community-übergreifenden Strukturen zum Austausch und zur Interessenvertretung von Menschen mit (familiärer) Einwanderungsgeschichte gab,** die diese Lücke langfristig schließen sollen.

Transferphase

Die im Rahmen des Projekts gewonnenen wissenschaftlichen Erkenntnisse sowie gesammelten Erfahrungen, die in diesem Praxisbuch vorgestellt werden, finden im Rahmen einer **Transferphase im Zeitraum von Oktober 2021 bis Juni 2022** bereits eine praktische Umsetzung. **In drei Modellkommunen werden Transferworkshops sowie neue Kleinprojekte durchgeführt.**

Das Projekt im Überblick

Laufzeit: 01.06.2019 – 30.06.2022

Das Projekt wurde getragen durch Minor – Projektkontor für Bildung und Forschung gemeinnützige GmbH.

Das Projekt wurde gefördert durch die Beauftragte der **Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration** und die **Bundeszentrale für politische Bildung**.

Im Rahmen vom Projekt wurden **70 Projektaktivitäten in zehn Modellkommunen** durchgeführt.

Die ***BePart*-Modellkommunen** waren Augsburg, Berlin, der Burgenlandkreis, Erfurt, Essen, Frankfurt am Main, der Landkreis Osnabrück, Leipzig, Neumünster und Tübingen.

Im Laufe des Projekts haben bei Minor mitgearbeitet: Filiz Dağcı, Maëlle Dubois, Esther Feiertag, Raúl Gil Benito, Anna-Elisabeth Hampel, Marianne Kraußlach, Michael Kuhl, Audrey Lefebvre, Rositsa Mahdi und Christian Pfeffer-Hoffmann.

4. Projekterkenntnisse: Hürden und Chancen für vielfältige politische Teilhabe auf kommunaler Ebene

Durch die Vielfalt der Zielgruppen, Methoden, Formate und Ziele der Aktivitäten zur Partizipationsförderung, die im Rahmen von *BePart* durchgeführt wurden, konnte ein breites Erfahrungsspektrum gewonnen werden, das auch über die einzelnen kommunalen Bedingungen hinweg wegweisend ist und Anregungen geben kann.

Die Erfahrungen, die im Austausch mit den Aktivitätsträgern, Teilnehmenden, Integrationsbeauftragten und anderen Expert*innen gesammelt wurden, erlauben den Schluss auf einige wesentliche Faktoren, die auf die Teilhabe von Menschen mit (familiärer) Einwanderungsgeschichte förderlich oder hindernd wirken:

- die strukturellen Voraussetzungen,
- die Verfügbarkeit personeller, finanzieller und materieller **Ressourcen**,
- die gegenseitige Unterstützung in **Netzwerken** auf verschiedenen Ebenen,
- die **Selbstverständlichkeit** von pluraler politischer Teilhabe,
- und als übergreifender Faktor die **sprachliche Zugänglichkeit**.

Diese Faktoren sind miteinander verschränkt und nicht nur für Menschen mit (familiärer) Einwanderungsgeschichte relevant. Eine möglichst breite politische und gesellschaftliche Partizipation ist eine Frage des gesamtgesellschaftlichen Zusammenhalts. Strukturen der Benachteiligung betreffen in ähnlicher Weise unterschiedliche unterrepräsentierte Gruppen. Hinzu kommt, dass die Heterogenität der Zielgruppen stets im Bewusstsein bleiben

muss: Es gibt kein einheitliches Rezept für die Teilhabe einer großen Gruppe von Menschen, die sich hinsichtlich ihres Alters, ihres Geschlechts, ihrer Bildung, ihrer Herkunft, der Dauer ihres Aufenthalts in Deutschland, ihrer rechtlichen Stellung usw. stark unterscheiden.

Strukturelle Voraussetzungen für Teilhabe

Strukturelle Voraussetzungen sind entscheidend für die Teilhabe von Menschen mit (familiärer) Einwanderungsgeschichte. Hierzu zählt die Existenz **kommunalpolitischer Partizipationsgremien** ebenso wie die **Offenheit und Zugänglichkeit von Verwaltungen und bürokratischen Prozessen**. Der Anteil der Bevölkerung mit (familiärer) Einwanderungsgeschichte, städtische und ländliche Infrastrukturen und der politische Wille etablierter Akteur*innen sind nur einige der Faktoren, die die Implementierung politischer Strukturen zur Teilhabe zusammenwirkend bedingen.

Integrations-, Migrations- oder Ausländer*innenbeiräte

Die Repräsentation von Menschen mit (familiärer) Einwanderungsgeschichte ist auf kommunaler Ebene unterschiedlich stark verankert. Grundlegend für die Motivation zur politischen Teilhabe ist:

- ob die Kommune einen Integrations-, Migrations- oder Ausländer*innenbeirat etabliert hat,
- wie seine dauerhafte Einbindung in kommunalpolitische Entscheidungsprozesse gesichert wird,
- wie dieser gewählt wird und sich zusammensetzt,
- welche Bedeutung und Rechte ihm eingeräumt werden und
- wie gut er mit den anderen kommunalen Gremien vernetzt ist.

Mit solchen Gremien sind nicht nur **Strukturen und Zugänge zur Mitbestimmung und Vernetzung** geschaffen. Sie drücken auch die **kommunalpolitische Bereitschaft** aus, die **gesellschaftliche Diversität in der demokratischen Willensbildung** widerzuspiegeln. Deswegen waren viele *BePart*-Projektaktivitäten darauf ausgerichtet, über diese Gremien zu informieren und zur Teilhabe darin zu ermutigen. Beispiele sind die Aktivitäten in Hinblick auf die Wahl des Migrantenbeirats in Leipzig oder zur Kommunalen Ausländerinnen- und Ausländervertretung in Frankfurt am Main. Andererseits strebten v. a. Träger in Kommunen ohne etablierte Interessenvertretung der Einwohner*innen mit (familiärer) Einwanderungsgeschichte – darunter der Burgendlandkreis und der Landkreis Osnabrück – in ihren Aktivitäten die Gründung solcher vernetzenden und repräsentativen Institutionen an.

Behörden und Verwaltung

Oft findet die erste **Begegnung mit staatlichen Institutionen** in lokalen Behörden und Verwaltungen statt. Diese Strukturen können also den allgemeinen Eindruck prägen, wie offen oder verschlossen kommunale Institutionen sind. Vor diesem Hintergrund ist ein **kultursensibler und respektvoller Umgang** besonders wichtig.

Ein Zeichen der Anerkennung ist z. B. die Ernennung von **kommunalen Integrationsbeauftragten**. Sie vernetzen die Arbeit der verschiedenen Vereine und Migrant*innenorganisationen und treten vermittelnd zwischen diesen Akteur*innen und der kommunalpolitischen Führung und Verwaltung auf. Ihre Mitwirkung, Beratung und Eigeninitiative hat für viele Aktivitätsträger bei der Umsetzung ihrer Projekte einen wichtigen positiven Einfluss gehabt.

Die **Zugänglichkeit von Verwaltungsprozessen** ist ebenfalls ausschlaggebend für die Teilhabechancen einzelner organisierter Engagierter: Schwer verständliche Amtssprache, nicht nachvollziehbare Verwaltungsprozesse und unklare Zuständigkeiten erschweren den Zugang zu Teilhabe für Einzelne, aber auch die Abläufe von Projekten. Nicht selten führen sie auch zu einer allgemeinen Scheu vor Institutionen.

Auch der **Anteil von Mitarbeitenden im öffentlichen Dienst mit eigener (familiärer) Einwanderungsgeschichte** spiegelt wider, ob Teilhabe und Repräsentation in staatlichen Institutionen bereits zur Normalität gehören. Bisher sind sie in der öffentlichen Verwaltung noch deutlich unterrepräsentiert (vgl. Fachkommission Integrationsfähigkeit 2020: 166f.).

Es gilt also, in Behörden durch **Mehrsprachigkeit und verständliche Sprache, transparente Verantwortlichkeiten, klare Abläufe,** kultursensible Beratungsangebote für die Bedarfe eingewanderter Personen, **Antidiskriminierungsschulungen** und möglichst **divers aufgestellte Mitarbeitendenstrukturen** Hürden abzubauen.

Ressourcen: Engagement muss man sich leisten können

Gesellschaftliche und politische Teilhabe wird auch durch die vorhandenen Ressourcen bedingt:

- **Zeitliche und emotionale Ressourcen** sind für Ehrenamtliche neben Arbeit und Familie begrenzt. Insbesondere die Arbeit in prekären und anspruchsvollen Berufen mit Schicht- und Wochenendarbeit lässt wenig Raum für ehrenamtliches Engagement. **Professionelles Knowhow** kann oft nicht erwartet werden. Zivilgesellschaftliches Engagement sollte daher nicht allein auf ehrenamtlichen Schultern ruhen. Hinzu kommt, dass abhängig von der Dauer, dem Grund und der **rechtlichen Sicherheit des Aufenthalts** in einigen Communitys eine starke Fluktuation zu beobachten ist, die den Aufbau nachhaltiger (personeller) Strukturen erschwert. Die rechtliche Unsicherheit und die zeitliche sowie psychische Belastung durch bspw. laufende Asylverfahren sind dabei ebenso hinderlich wie mangelnde Zukunftsperspektiven, die nicht nur individuelle Motivationen mindern sondern auch die **empfundene Sinnhaftigkeit der eigenen Teilhabe** infrage stellen.

- **Finanzielle Ressourcen** spielen nicht nur zur Beschäftigung professioneller Mitarbeitender eine wichtige Rolle für Projektträger. Ohne die Finanzierung durch *BePart* wäre ein Großteil der Projektaktivitäten nicht durchführbar gewesen. Gerade für die Verstetigung von Strukturen der Teilhabe ist eine **gesicherte, über Einzelprojektförderungen hinausgehende Finanzierung durch die vielfältige öffentliche Förderlandschaft** essenziell.
- **Räumliche Ressourcen** sind für viele Aktivitäten entscheidend. Über ein Lokal zu verfügen, ist für einen Verein besonders wichtig – nicht nur, um Veranstaltungen dort zu organisieren, sondern auch, weil es einen dauerhaften Treffpunkt in vertrauter Atmosphäre bietet.
- **Technisches Equipment** und **digitales Knowhow** haben sich nicht zuletzt in der COVID-19-Pandemie als entscheidend erwiesen. Auf Seite der Organisation ist besonders wichtig, einen reibungslosen Ablauf zu ermöglichen. Auf Seiten der Teilnehmenden ist die Verfügbarkeit von und Sicherheit im Umgang mit technischen Geräten ausschlaggebend dafür, ob sie an Aktivitäten überhaupt teilnehmen können.

Netzwerke: Gelegenheiten schaffen und Kontakte knüpfen

Ehrenamtliches Engagement lebt von **sozialer Integration und zwischenmenschlichem Miteinander**. Menschen treffen, sich kennenlernen, gemeinsam für Themen einstehen und sich engagieren sind wichtige Triebkräfte und motivieren für ein dauerhaftes Engagement. Obwohl die COVID-19-Pandemie gezeigt hat, dass in Zeiten allgemeiner Kontaktbeschränkungen politisches Engagement in digitale Formate praktikabel umgeplant werden konnte, wurden (analoge) soziale Begegnungen schmerzlich vermisst.

Besonders wichtig ist, Gelegenheiten für Migrant*innenorganisationen sowie interessierte und engagierte Bürger*innen mit und ohne Einwanderungsgeschichte zu schaffen – bspw. durch **gemein-**

same Veranstaltungen –, um Gemeinschaft und gegenseitigen Austausch zu ermöglichen und Kontakte zu anderen Vereinen und Initiativen zu knüpfen. Auch der **regionale und überregionale Austausch** mit anderen Migrant*innenorganisationen und weiteren Vereinen ist unerlässlich: Einerseits, um Erfahrungen auszutauschen und gemeinsame Interessen zu vertreten, andererseits weil die Begegnung mit anderen Eingewanderten zum **politischen Empowerment** beiträgt.

Auf **kommunaler Ebene** spielen die **institutionalisierten Beratungsgremien** als stetige Vernetzungsräume eine zentrale Rolle. Zusätzlich tragen auch Einzelinitiativen von Vereinen zu einer informellen Vernetzung bei. Auf **Bundes- und Länderebene** wiederum ist diese Vernetzung unterschiedlicher migrantischer Akteur*innen u. a. durch **Dachverbände** gegeben, die sich seit den 1990er-Jahren etabliert haben und denen ein großer Teil von Migrant*innenorganisationen angehört.

Neben der migrantischen Vernetzung sind aber auch Partnerschaften und **Netzwerke mit nicht-migrantischen Akteur*innen** wichtig, z.B. mit politisch Aktiven, Mandatsträger*innen, Wahlbeamt*innen oder Gremienmitgliedern sowie der kommunalen Verwaltung. Bei der Etablierung von und Beteiligung an weiteren gesellschaftlich relevanten Gremien wie Schüler*innen- oder Elternvertretungen, Heimbeiräten usw. ist es besonders wünschenswert, **an die jeweiligen Institutionen**, ihre Mitarbeitenden und Gremienmitglieder angebunden zu sein.

Für die Durchführung von Workshops, Seminaren und Schulungen ist die **Vernetzung und Verfügbarkeit von inhaltlich qualifizierten Referent*innen, Workshopleitenden und Moderator*innen** ein erfolgsbedingender Faktor. Gerade für Vereine, die in Kommunen aktiv sind, in denen nicht viele dieser Expert*innen leben und arbeiten oder für die jüngeren Vereine, die bislang noch nicht besonders vernetzt sind, kann dieser Mangel eine große Hürde darstellen. Die **Schulung von Multiplikator*innen** und die Unterstützung bei der Vernetzung mit Referent*innen ist daher eine wichtige Maßnahme zur Unterstützung weiterer Aktivitäten.

»Gelebte Offenheit«: Die Selbstverständlichkeit von vielfältiger politischer Teilhabe

Die Selbstverständlichkeit, mit der **plurale und offene demokratische Willensbildung** wahrgenommen wird, steht in engem Zusammenhang mit den strukturellen Voraussetzungen für Teilhabe. Ob der strukturelle Rahmen dafür auch zu einer selbstverständlichen »gelebten Offenheit« und zu einer **Anerkennung von Diversität als Potenzial** führt, hängt von einem umfassenden Paradigmenwechsel in der öffentlichen Debatte ab. Dieser wiederum wirkt sich auch auf das **Selbstbewusstsein von Organisationen und Einzelpersonen als politische Akteur*innen** aus.

Auf gesellschaftlicher Ebene

Wo bereits ein der Bevölkerungsstruktur angemessen großer Teil der Politiker*innen, Mitarbeitenden im Öffentlichen Dienst, Gremienmitglieder usw. eine Einwanderungsgeschichte hat, Behörden durch sprachlich und bürokratisch leichter zugänglich werden und migrantische Repräsentationsgremien fest in politische Willensbildungsprozesse integriert sind, wird Vielfalt zur Normalität. In vielen Kommunen ist dieser Zustand jedoch weiterhin eher Zielrichtung als Wirklichkeit.

Projektbeteiligte von *BePart* machten die Erfahrung, dass insbesondere in gesellschaftlich relevanten fach- und gruppenspezifischen Gremien die Skepsis ihnen gegenüber groß war: Immer wieder werden migrationsspezifische Gremien als ausreichende Vertretung betrachtet, statt eine größere Diversität in allen Gremien anzustreben. Damit geht auch ein Mangel an Anerkennung von den vielfältigen und heterogenen Zugehörigkeiten von Menschen mit Einwanderungsgeschichte zu unterschiedlichen Interessengruppen einher. Auch lösen negative Stereotypen über Menschen mit Einwanderungsgeschichte bei vielen eine Scheu davor aus, sich in dieser Rolle zu benennen, zu organisieren und zu repräsentieren.

Um diese Hürden abzubauen, gilt es, Vielfalt auf allen Ebenen der Gesellschaft positiv zu besetzen und als Normalität und Potenzial darzustellen. In offenen Diskursen und Entscheidungsprozessen dürfen Menschen mit Einwanderungsgeschichte **nicht mehr nur die Objekte einer Debatte** sein, sondern müssen **auf Augenhöhe** in diese **mit einbezogen** und in ihrer **Heterogenität** wahrgenommen und vertreten werden.

Auf Trägerebene

Auch auf der Trägerebene gibt es Unterschiede im politischen Selbstverständnis: Einige migrantische Organisationen werden in der Selbst- oder Außenwahrnehmung v. a. als Initiatoren (inter)kultureller Begegnungen wahrgenommen oder als soziale Beratungsstellen verstanden. Dachprojekte wie *BePart* ermöglichen gerade kleineren Vereine und Migrant*innenorganisationen, ihr Profil als politische Interessensvertretung inklusive Willensbildung und Vernetzung zu stärken.

Auf individueller Ebene

Politische Sensibilität und der Wille zur Teilhabe sind bei sehr vielen Menschen vorhanden. Es geht also darum, die **Bedenken und Hürden abzubauen**, die viele Menschen mit Einwanderungsgeschichte vom konkreten Schritt zum Engagement abhalten.

Verständnis der politischen Selbstwirksamkeit

Ein großer Teil der Projektteilnehmenden brachte ein **geringes Selbstbewusstsein** für politische Partizipation sowie wenig **Wissen über die eigenen Rechte und Teilhabemöglichkeiten**, Beratungsstellen usw. mit. Eine Aufgabe auf dem Weg zu mehr Partizipation ist daher **Informationen** über das politische System und die demokratischen Rechte breit zu streuen. Noch wichtiger ist jedoch, Menschen bei der **Stärkung ihres Selbstvertrauens** zu unterstützen und ihnen die **Selbstwirksamkeit auf der politischen Bühne** zuzusprechen.

Wie selbstverständlich die Arbeit und insbesondere das Ehrenamt in Gremien, Initiativen und Vereinen ist, hängt zum einen davon ab, wie stark selbst eingewanderte Personen in ihren Herkunftsländern politisch und gesellschaftlich aktiv waren bzw. sein durften. Gerade Menschen, die in repressiven Systemen aufgewachsen sind, haben häufig ein großes **Misstrauen in staatliche Institutionen und Angst vor negativen Folgen bei politischem Engagement** entwickelt. Zudem schlägt sich die Dauer des Aufenthalts in Deutschland bzw. die Einwanderungsgeneration auf die Selbstverständlichkeit politischen Engagements aus.

Positive Beispiele und negative Erfahrungen

Menschen mit Einwanderungsgeschichte, die bereits politisch engagiert und sichtbar sind, haben eine wichtige **Vorbildfunktion**. Ihr Engagement wahrzunehmen und mit ihnen in Austausch zu kommen, ist auch auf individueller Ebene ein bestärkender Faktor. Deshalb waren Begegnungsangebote mit diesen Role Models in vielen Workshops ein zentraler Bestandteil. Allerdings wurde auch deutlich, dass es nicht allein ausreicht, eine Einwanderungsgeschichte zu haben, um ein ermutigendes Beispiel für eine große und sehr heterogene Gruppe zu sein.

Negative Erfahrungen mit Behörden, Institutionen und im alltäglichen gesellschaftlichen Zusammensein, insbesondere **Diskriminierungserfahrungen**, hinterlassen wiederum nachhaltige **Scheu** vor Institutionen und das Gefühl, unerwünscht zu sein. Dabei muss es sich nicht um eigene Diskriminierungs- und Bedrohungserfahrungen handeln. Auch verbale, symbolische und körperliche Gewalt gegen Personen des öffentlichen Lebens mit (familiärer) Einwanderungsgeschichte tragen zu Vorsicht und Zweifeln an der Offenheit der Gesellschaft bei.

Bezüge zur eigenen Lebens- und Alltagswelt und einfache Zugänge

Eine weitere Erkenntnis aus *BePart* ist, dass **konkrete Bezüge zur eigenen Lebenswirklichkeit** den Zugang zu gesellschaftlichem und politischem Engagement erleichtern. Das Interesse an demokratischer Beteiligung beginnt oft im eigenen unmittelbaren Umfeld. Wo der Zusammenhang mit dem gelebten **Alltag** klar ist, wird politische Teilhabe nicht als abstrakt oder elitär wahrgenommen.

Der **Zugang zu alltagsnahen Partizipationsgremien**, wie Eltern-, Schüler- oder Seniorenheimbeiräten kann Selbstbewusstsein für politisches Engagement bilden, das später ggf. auch in ›höheren‹ Gremien wichtig werden kann.

Sprachliche Zugänglichkeit als übergreifender Faktor

Ein zentraler Faktor, von dem die Stärkung der Teilhabe von Menschen mit Einwanderungsgeschichte abhängt, ist Sprache. Sprache kann die wichtigste Hürde, aber auch der wichtigste Zugang zu einem Thema sein.

Sprachliche **Barrierefreiheit** bedeutet dabei nicht nur **Mehrsprachigkeit**, sondern auch eine für alle **leicht verständliche Sprache**, die z. B. bürokratische Abläufe transparent macht. Dies gilt insbesondere für Veranstaltungen und Formate, die nur auf Deutsch stattfinden oder vorliegen, so wie es z. B. bei einem Großteil der Gremienarbeit der Fall ist.

Darüber hinaus sind Akteur*innen der politischen Bildung herausgefordert, bei nicht-schriftlichen Formen der Inhaltsvermittlung und Ansprache innovativ zu werden. Nur gut zugängliche Informationen ermöglichen es Menschen, mündig zu werden und Verantwortung für sich und die Gesellschaft zu übernehmen.

Sprache ist aber nicht nur ein pragmatischer, sondern auch ein **symbolischer Faktor**: Denn der Umgang mit ihr zeigt die Erwünschtheit oder Unerwünschtheit und die Selbstverständlichkeit eines vielfältigen und partizipativen gesellschaftlichen und politischen Diskurses.

Solange makellose deutsche Sprachkenntnisse als Gradmesser für Mitspracherecht wirken und Menschen **aufgrund ihres Sprechverhaltens** diskriminiert werden, wird die Angst vor einer sprachlichen ‚Blamage' viele davon abhalten, sich in öffentliche Debatten einzumischen.

Wegen dieser symbolischen Kraft von Sprache ist es auch wichtig, **inklusive Sprachformen** zu verwenden, die auf die Heterogenität der Zielgruppe, z. B. hinsichtlich des Geschlechts, eingehen. Inklusive Sprache kann insbesondere diejenigen Gruppen miteinschließen, die aufgrund mehrerer zugeschriebener Persönlichkeitsmerkmale benachteiligt werden.

5. Strategien politischer Beteiligung von Menschen mit Einwanderungsgeschichte

Die im Rahmen von *BePart* stattgefundenen Kleinprojekte zur Stärkung der Teilhabe von Menschen mit (familiärer) Einwanderungsgeschichte verfolgten vier wesentliche Strategien: Informieren, Aktivieren, Vernetzen und Professionalisieren bzw. Begleiten. In diesem Teil fassen wir wesentliche Erkenntnisse aus den Projekten zu diesen Strategien zusammen. Die vier Strategien gehen immer ineinander über. In vielen *BePart*-Kleinprojekten stand jedoch je eine der Strategien besonders im Vordergrund. Exemplarisch stellen wir pro Strategie zwei bis drei besonders erfolgreiche Praxisbeispiele aus allen *BePart*-Modellkommunen vor: Vom Filmworkshop mit Jugendlichen in Neumünster, über die Gründung eines Runden Tisches im Burgenlandkreis bis hin zur Einbindung von Eltern mit Einwanderungsgeschichte in einen schulischen Elternrat in Tübingen.

Die vielen weiteren erfolgreichen *BePart*-Kleinprojekte können in der hier präsentierten kleinen Auswahl nicht vorgestellt werden. Sie finden diese allerdings vollständig auf der Webseite von *BePart:*

bepart.minor-kontor.de

Wir danken allen Trägern der *BePart*-Projektaktivitäten für ihr Engagement und für ihre Unterstützung bei der Entstehung dieser Steckbriefe.

Informieren

Beteiligung ist nur mit dem Wissen um die eigenen Rechte und Partizipationsmöglichkeiten in den vorhandenen zivilgesellschaftlichen und kommunalpolitischen Strukturen möglich. Nur auf der Grundlage dieses Wissens kann sich Motivation für konkretes Engagement entwickeln. Aber wie lassen sich komplexe Informationen, wie die über das politische System, die kommunalpolitischen Gremien und die Teilhabemöglichkeiten so vermitteln, dass sie möglichst viele verstehen? Und wie kann die Brücke über die individuelle Mobilisierung hin zu einem tatsächlichen Engagement geschlagen werden?

Zentrale Erkenntnisse

- **Interesse an Engagement** in kommunalpolitischen Gremien kann überhaupt erst entstehen, wenn das **Wissen über die Möglichkeiten, Rechte und Strukturen** vorhanden ist. Diese Kenntnisse sind bei vielen Menschen nicht vorhanden und müssen daher erst geschaffen werden.
- Um Menschen zu befähigen, sich dieses Wissen selbstständig und kontinuierlich anzueignen, ist es auch wichtig zu vermitteln, **wo und wie verlässliche Informationen gefunden werden können**. Dafür müssen zum Beispiel digitale Kompetenzen gestärkt werden.
- Kommunalpolitik und kommunale Gremien wirken oft sehr abstrakt und viele Menschen sehen die Bezugspunkte zu ihrem eigenen Leben nur schwer. Doch eigentlich dreht sich Kommunalpolitik um Themen, die alle Einwohner*innen in der Kommune berühren. Dieser Bezug muss durch **praktische Beispiele, die das Leben der Teilnehmenden berühren**, hergestellt werden.
- Es gibt verschiedene Formen der **Informationsvermittlung**. Viele Träger von *BePart* haben mehrheitlich **interaktive Formen** gewählt, wie zum Beispiel Ortsbegehungen, Filmworkshops und Wochenendseminare, in denen die Teilnehmenden sich das Wissen aktiv erarbeiten konnten, statt passiv Informationen zu empfangen. Diese Formate haben sich als besonders erfolgreich erwiesen.

- Generell lässt sich feststellen: Ein **direkter Kontakt in einer vertrauensvollen Atmosphäre** ist für die Vermittlung von Wissen sehr förderlich, nicht nur um Verbindungen zum eigenen Lebensumfeld herzustellen, sondern auch um Raum für Austausch und Rückfragen zu bieten.
- Um eine vertrauensvolle und willkommen heißende Atmosphäre zu schaffen, muss eine Informationsveranstaltung weitestgehend **barrierefrei** sein, das vermittelte Wissen also für alle **gut verständlich und nachvollziehbar** sein. Die Teilnehmenden sollten sich nicht an die Bedingungen der Kommunikation anpassen müssen, sondern die Veranstaltenden eine Sprache wählen, die für alle gut zugänglich ist. Dazu kann gehören, eine Veranstaltung mit der Unterstützung von Sprachmittler*innen **mehrsprachig** zu gestalten. Aber auch **einfache Sprache** ist wichtig.
- **Digitale Informationsformate**, wie etwa Podcasts oder Videos, haben den Vorteil, dass sie auch im Nachhinein noch einmal abgerufen werden können und eine deutliche **größere Reichweite** erzielen können als eine analoge Informationsveranstaltung. Dafür bieten sich vor allem **Soziale Medien** an. Digitale Informationsmaterialien lassen sich auch gut **als Ergänzung zu interaktiven Informationsveranstaltungen** einsetzen, genau wie analoge Flyer oder Broschüren.
- Die **Auswahl von Formaten und Veranstaltungsformen muss immer auf die Zielgruppe abgestimmt sein**. So gilt es, Angebote zu schaffen, die zu den Bedürfnissen, Ressourcen und Lebensrealitäten der Zielgruppe passen.
- Ähnlich verhält es sich mit der Verbreitung von Informationen: Jugendliche per E-Mail zu informieren wird weniger erfolgreich sein als beispielsweise Plattformen wie Instagram oder WhatsApp zu nutzen. Das **Medium zur Informationsvermittlung muss zur Zielgruppe passen**. Um die Reichweite der Informationsverbreitung zu erhöhen, bietet es sich an, bestehende Netzwerke zu nutzen.
- An die Informationsvermittlung sollten Strategien der Aktivierung direkt anschließen.

STARK mit Engagement

Modellkommune: Essen
Träger: Deutsch-Tunesischer Verein für Familien und Kultur e. V.
Format: Workshop, Flyer

Was war das Ziel des Projekts?

Für den Deutsch-Tunesischen Verein ging es darum, insbesondere Frauen über die Arbeit in senioren- und altenpflegespezifischen Gremien zu informieren. Sie sollten ermutigt werden, sich für ihre Belange und die Belange ihres Umfelds einzusetzen.

An wen richtete sich das Projekt und wer war daran beteiligt?

Es richtete sich vorwiegend an arabischsprachige Seniorinnen in Essen.

Was wurde gemacht?

Im Rahmen eines Wochenendworkshops wurden zunächst mögliche Interessenschwerpunkte der Teilnehmerinnen ermittelt, um davon ausgehend Wege zu mehr gesellschaftlicher Teilhabe durch das Engagement in Gremien aufzuzeigen. Drei Gremien, in denen die Belange arabischsprechender Senior*innen relevant sind, wurden genauer vorgestellt: Der Integrationsrat in Essen, die Heimbeiräte und der Seniorenbeirat.

Im Anschluss an den Wochenendworkshop wurden Themen, die besonders im Fokus standen, aufgegriffen und in Form von Flyern festgehalten. Die Flyer boten weitergehende Informationen zu den drei genannten Gremien.

Auf diese Weise fand die Informationsvermittlung über zwei Kanäle statt. Zum einen ermöglichte die Präsenzveranstaltung die Interaktion mit und zwischen den Teilnehmenden. Es konnte direkt auf Rückfragen eingegangen werden und es entstand ein wichtiger zwischenmenschlicher Kontakt durch gemeinsames Lernen. Zum anderen diente das Informationsmaterial dazu, das erarbeitete Wissen festzuhalten und hinterher darauf zurückgreifen zu können. So

konnten auch Menschen erreicht werden, die nicht am Workshop teilnehmen konnten.

Was war das Ergebnis und was soll in Zukunft noch passieren?

Der Austausch zwischen den Teilnehmenden erwies sich als sehr wichtig und ergiebig. Die meisten kannten sich bereits über den Verein, sodass eine vertraute Atmosphäre entstehen konnte, die den Raum für sensible Fragen und Themen öffnete. Das gemeinsam erarbeitete Informationsmaterial sorgte dafür, dass die Ergebnisse weit gestreut werden konnten.

Interaktion wird auch in kommenden Veranstaltungen des Vereins eine große Rolle spielen. Um kommunalpolitisches Engagement zu erproben und selbstsicheres Auftreten zu stärken, wird die Zusammenarbeit mit einer Theaterpädagogin ins Auge gefasst. Außerdem sollen kommunale Gremienmitglieder zu Austauschtreffen eingeladen werden.

© Deutsch-Tunesischer Verein für Familien und Kultur e. V.

Das sagt der Träger:

Wir haben die Erfahrung gemacht, dass sich viele Menschen der Wichtigkeit von Teilhabe durch Gremien nicht bewusst sind, oft weil ihnen der Bezug fehlt. Durch den persönlichen Austausch und den Besuch von Sitzungen werden die Gremien für sie greifbarer. Dafür ist eine gewisse Vertrautheit und eine angenehme Atmosphäre hilfreich, um sie schließlich für die vielzähligen Engagementmöglichkeiten zu gewinnen. Es ist wichtig, die Menschen dort abzuholen, wo sie stehen. **MOUNA MESSADI GHARBI**

Misch mit

Modellkommune: Berlin
Träger: Landesnetzwerk Afrikanischer Vereine e. V. (LAV)
Format: Tagung

Was war das Ziel des Projekts?

Die Tagung verfolgte das Ziel, die gesellschaftliche Teilhabe von Menschen afrikanischer Herkunft in Berlin zu stärken.

An wen richtete sich das Projekt und wer war daran beteiligt?

Es richtete sich an Vertreter*innen und Multiplikator*innen von Vereinen und Organisationen aus der sehr heterogenen afrikanischen Community in Berlin sowie an Vertreter*innen aus kommunalpolitischen Gremien als Referent*innen.

Was wurde gemacht?

Bei der eintägigen Veranstaltung stand die Informationsvermittlung über Beteiligungsmöglichkeiten in verschiedenen kommunalen Gremien, Parteien, Verbänden und Initiativen im Vordergrund. Die Teilnehmenden diskutierten über Vorteile von Beteiligung und die Voraussetzungen für eine gerechtere Teilhabe der Zielgruppe. Es wurde u. a. über die Bedingungen ehrenamtlicher Arbeit und den Umgang mit Sprachbarrieren diskutiert. Ein Augenmerk lag auf dem Berliner Landesbeirat für Integrations- und Migrationsfragen. Die Veranstaltung bestand aus einer Inputphase zum Thema der Tagung, einer Gruppenarbeitsphase in zwei Workshops und einer abschließenden Diskussionsphase.

Was war das Ergebnis und was soll in Zukunft noch passieren?

Die Teilnehmenden haben erfahren, wie Menschen ihre Lebensverhältnisse strukturell mitgestalten und verbessern können und grundlegende Informationen über zivilgesell-

schaftliches Engagement, Gemeinwesenarbeit und Teilhabe an verschiedenen Gremien gewonnen. In zukünftigen Veranstaltungen möchte der LAV seinen Teilnehmenden den konkreten Nutzen des politischen Engagements weiter näherbringen.

© Landesnetzwerk Afrikanischer Vereine e. V.

Das sagt der Träger:

Unsere Organisation wurde mit dem Ziel gegründet, die gesellschaftliche Teilhabe von Menschen mit familiärer Einwanderungsgeschichte und vor allem Menschen afrikanischer Herkunft zu stärken. Dafür braucht es zunächst einmal eine Aufklärung über Strukturen und Möglichkeiten des gesellschaftlichen Engagements. Unsere Teilnehmenden fragten sich, welchen konkreten Nutzen das politische Engagement haben kann. Sie möchten mehr darüber wissen, welche persönlichen Entwicklungsmöglichkeiten und Vorteile ihnen ein Engagement ermöglicht. Hier lässt sich in unseren Augen für eine Aktivierung zum Engagement ansetzen.

RÉNÉE ELOUNDOU

Beiräte in Neumünster hinter der Kamera und hinter den Kulissen

Modellkommune: Neumünster
Träger: Neumünster Medien e. V.
Format: Filmworkshops und Filme

Was war das Ziel des Projekts?

Das Ziel der Filmworkshops von Neumünster Medien war es zum einen, Filme zu produzieren, die mehrsprachig über die Arbeit in drei Gremien der Kommune Neumünster aufklären. Zum anderen sollten junge Neumünsteraner*innen mit (familiärer) Einwanderungsgeschichte durch die Einbindung in die Produktion zu einem Engagement in kommunalen Gremien motiviert werden.

An wen richtete sich das Projekt und wer war daran beteiligt?

Insgesamt waren 30 Jugendliche zwischen 12 und 16 Jahren, ein Sozialpädagoge und das Kamerateam von Neumünster TV beteiligt.

Was wurde gemacht?

Der Verein Neumünster Medien e. V. vermittelte Informationen in zweifacher Weise: Auf der einen Seite durchlief die Zielgruppe in den Filmworkshops einen intensiven, aktivierenden Erarbeitungsprozess. Damit konnte ein Format geschaffen werden, das auf ihre Interessen zugeschnitten ist und die Informationen an Ereignisse knüpft, wodurch sie nachhaltig im Gedächtnis bleiben. Darüber hinaus haben die Teilnehmenden Informationsmaterial für Dritte erschaffen, welches digital für eine große Anzahl von Menschen verfügbar ist. Aus den zehn Filmworkshops, die Neumünster Medien e. V. organisierte, entstanden

© Neumünster Medien e. V.

Kurzfilme über verschiedene kommunale und gesellschaftlich relevante Gremien (Senioren-, Jugend-, Stadtteilbeirat) in Neumünster. Dafür besuchte das Filmteam Beiratssitzungen und führte Interviews mit Gremienmitgliedern.

Alle Kurzfilme wurden auf Türkisch, Rumänisch, Bulgarisch, Arabisch und Russisch übersetzt und über die sozialen Medien von Neumünster Medien e. V. (Facebook, YouTube) veröffentlicht. Damit erreichte die Projektaktivität neben den Teilnehmenden der Workshops auch viele Zuschauer*innen und vermittelte mehrsprachige Informationen.

Was war das Ergebnis und was soll in Zukunft noch passieren?

In den Workshops lernten die Teilnehmenden die Arbeit der Gremien kennen und hatten die Möglichkeit, die Themen der Beiräte und ihre Mitglieder hautnah mitzuerleben. Außerdem wurde ihnen Grundwissen der Film- und Videoverarbeitung vermittelt, das sie bei der Fertigstellung der Filme anwenden konnten. Der filmische Aspekt bildete einen wichtigen Anreiz für die Jugendlichen: Gesellschaftliche und politische Teilhabe stand im Fokus der Projektaktivität, aber sie war nicht das Mittel der Ansprache.

In Zukunft sollen weitere Filmworkshops stattfinden. Dabei sollen sich die Jugendlichen noch intensiver mit den Gremien befassen. Für die inhaltliche Auseinandersetzung mit Gremienarbeit und Filmtechniken werde Räume angemietet und Gremienmitglieder eingeladen, damit ein direkter Kontakt und Bezug entstehen kann.

Das sagt der Träger:

*Es ist besonders wichtig, dass Migrant*innen mehrsprachig über die Möglichkeiten der politischen Teilhabe informiert werden. Um diese Information auch wirksam zu gestalten, müssen die Sozialen Medien genutzt werden, weil dadurch die größte Reichweite erreicht wird.* **IBRAHIM ORTACER**

Aktivieren

Damit Menschen aktiv den Schritt hin zur Teilhabe gehen, braucht es Anreize und Empowerment. Dafür ist es schon bei der Informationsvermittlung förderlich, Menschen als (inter)aktive Macher*innen zu verstehen statt als passive Konsument*innen von Informationen. Außerdem müssen konkrete Möglichkeiten zur Teilhabe aufgezeigt werden. Dadurch wird der Schritt zum Engagement bereits kleiner. Doch was braucht es noch, damit Menschen sich aktiv beteiligen? Welche Methoden helfen, um sie für gesellschaftliches und politisches Engagement zu ermutigen? Welche Herausforderungen können dabei auftreten und wie lassen sich diese überwinden?

Zentrale Erkenntnisse

- **Informationsvermittlung und Aktivierung müssen miteinander verwoben** sein. So kann die Informationsvermittlung von vornherein mobilisierend wirken.
- Dies gelingt, indem **konkrete Möglichkeiten des Engagements im direkten Lebens- und Wohnumfeld** aufgezeigt werden, zum Beispiel durch Simulationen von Gremiensitzungen.
- Engagement erfordert Selbstbewusstsein, Verpflichtung und Zeit. Um diese aufzuwenden, müssen **Menschen motiviert sein und bei Unsicherheiten unterstützt** werden.
- **Interessierte sollten über einen längeren Zeitraum hinweg begleitet werden**, sodass sie sich gut vernetzen können, mit den Strukturen vertraut werden sowie Rückfragen stellen können.
- Der **persönliche Kontakt zu Ansprechpersonen und Vorbildern** hilft dabei, einen Bezug zu abstrakten Beteiligungsstrukturen herzustellen. Darüber hinaus schafft er auch Vertrauen darin, dass sich Engagement lohnt.

- Es ist besonders förderlich, **Menschen aufzusuchen und direkt anzusprechen**. Das erzeugt eine **Sichtbarkeit von Beteiligung** in der alltäglichen Lebenswelt.
- Vor Ort lässt sich der **Bezug zwischen politischen Entscheidungsprozessen und der eigenen Lebenswirklichkeit** besonders gut nachvollziehen. Menschen identifizieren sich oft mit den Orten, in denen sie leben. Bei Kiezspaziergängen, in Kindergärten, in Senior*innenwohnheimen usw. erfahren sie direkt, **wie sich Engagement auf ihren Alltag auswirken kann und dass genau sie als Betroffene in den Gremien gefragt sind**.
- Es ist förderlich, **bei den individuellen Interessen und Fähigkeiten der Menschen anzusetzen**. Diese sichtbar zu machen und wertzuschätzen, kann dazu ermächtigen, diese Fähigkeiten in einem Engagement einzusetzen.
- Zur Stärkung der Selbstwirksamkeit gehört auch, zu erkennen, **dass das eigene Engagement etwas bewirken und einem selbst Türen öffnen kann**, wie zum Beispiel Karriereperspektiven oder Vernetzung mit anderen Menschen.
- **Bürokratische Hürden** auf dem Weg zum Engagement müssen abgebaut werden. Vermittelnde Institutionen wie Schulen oder Multiplikator*innen, die formale Aspekte einer Beteiligung übernehmen, können diese Hürden überwindbar machen.
- Eine **gelebte und diskriminierungsbewusste Haltung** von Institutionen zeigt sich darin, dass Angebote und Ansprachen möglichst viele Menschen abholen und dem Ausschluss bestimmter Gruppen vorbeugen, zum Beispiel durch leichte Sprache und/oder Mehrsprachigkeit.

Mein Quartier – meine Schule: Teil werden – teilhaben – Teil sein!

Modellkommune: Tübingen
Träger: Stadtteiltreff Wanne e. V.
Format: Stadtteilbegehung, Infoabende

Was war das Ziel des Projekts?

Gemeinsam mit der Grundschule Wanne und deren Förderverein richtete der Stadtteiltreff Wanne seine Aktivität darauf aus, die Repräsentation von Eltern mit (familiärer) Einwanderungsgeschichte im Stadtteil zu stärken. Die Aktivität folgte dem Ziel, Eltern für ein Engagement im Stadtteil sowie in der Elternvertretung der Grundschule Wanne zu stärken und zu aktivieren.

An wen richtete sich das Projekt und wer war daran beteiligt?

Am Projekt waren sowohl Eltern mit Einwanderungsgeschichte im Stadtteil, deren Kinder die Grundschule Wanne besuchen, Schulkinder als auch die Rektorin, die Elternbeiratsvorsitzende und Stellvertreterin, Lehrkräfte, die Schulsozialarbeiterin sowie das Vorstandsmitglied der Grundschule Wanne und weitere Mitglieder des Stadtteiltreffs Wanne beteiligt.

Was wurde gemacht?

Zu der Veranstaltungsreihe wurde zunächst auf verschiedenen Wegen eingeladen: Durch einen mehrsprachigen Elternbrief, Mailverteiler von Vereinen, persönliche Ansprache und über das Programm des Stadtteiltreffs. Bei einem ersten gemeinsamen Treffen erkundeten Eltern den Tübinger Stadtteil Wanne und tauschten sich über ihr Leben in und ihre Wünsche für den Stadtteil aus. Als nächstes fand ein Workshops statt, bei dem die Eltern u. a. ihre Wünsche für den Alltag ihrer Kinder in der Schule artikulierten. Aufbauend auf diesem Kennenlernen erprobten Eltern mit Einwanderungsgeschichte in Tandempartnerschaften mit Eltern, die bereits Erfahrungen mit der Arbeit

in Elternbeiräten hatten, Situationen der Interessenvertretung gegenüber der Schule. So wurden gezielt Eltern zur Kandidatur bei der Wahl des Elternbeirats ermutigt.

Was war das Ergebnis und was soll in Zukunft noch passieren?

Als Ergebnis der Aktivität trugen etliche Eltern zu Ideen für die Aufwertung des Stadtteils bei und es bildeten sich drei Eltern-Tandems. Dieser Ansatz war erfolgreich: Drei Elternteile mit (familiärer) Einwanderungsgeschichte kandidierten für den Elternbeirat der Schule und wurden gewählt.

© Stadtteiltreff Wanne e. V.

Das sagt der Träger:

*Trotz ethnischer, religiöser und sozialer Unterschiede haben Eltern doch grundsätzlich gemeinsame Ziele und Wünsche für ihre Kinder und können einander mit Respekt und Wertschätzung gegenübertreten. Es ist unsagbar wichtig, gerade für benachteiligte Gruppen von Migrant*innen Zugänge zum Gesamtkomplex Schule und Schulleben zu ermöglichen und zwar auf sprachlicher, kognitiver, emotionaler und sozialer Ebene. Das Zusammenkommen von Eltern mit und ohne Zuwanderungsgeschichte in einer einladenden Atmosphäre außerhalb des Rahmens von Elternabenden ist dabei sehr hilfreich.* **INGEBORG HÖHNE-MACK**

Let's do it! Sensibilisierung der afrikanischen Community für die Mitwirkung im Leipziger Migrantenbeirat

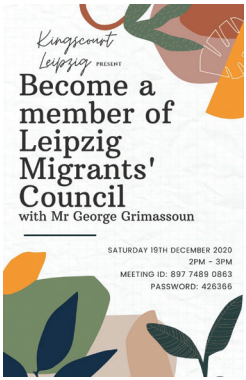
Modellkommune: Leipzig
Träger: Kings Court
Format: Informationsveranstaltungsreihe

Was war das Ziel des Projekts?

Ziel der Aktivität war es, Menschen mit (familiärer) Einwanderungsgeschichte in Leipzig zunächst über ihre Möglichkeiten der politischen Teilhabe weiterzubilden, um sie für eine Beteiligung zu motivieren. Insbesondere sollten die Teilnehmenden über den kommunalen Migrantenbeirat informiert und zur Teilhabe an der Wahl des Beirats im Frühjahr 2021 ermutigt werden.

An wen richtete sich das Projekt und wer war daran beteiligt?

Menschen mit (familiärerer) Einwanderungsgeschichte in Leipzig, insbesondere Mitglieder des Vereins Kings Court, der als freikirchliche Gemeinde vor allem Menschen aus afrikanischen Communitys anspricht; Mitglieder des Migrantenbeirats waren als Referent*innen beteiligt.



© Kings Court Leipzig

Was wurde gemacht?

Die Veranstaltungen von Kings Court bauten aufeinander auf: An eine Infoveranstaltung über den Migrationsbeirat, bei dem ein erster Überblick über die Rolle und Aufgaben des Migrantenbeirats Leipzig gegeben wurde, schloss sich eine interaktive Veranstaltung an, die das Wissen durch Gespräche mit ehemaligen und aktuellen Mitgliedern des Beirats vertiefen und greifbar machen sollte. Die dritte Veranstaltung zielte schließlich auf

die Mobilisierung der Teilnehmenden ab, indem konkrete Fragen geklärt wurden, zum Beispiel wie man Mitglied des Migrantenbeirats werden kann und was dafür nötig ist. Die Referent*innen aus dem Migrantenbeirat boten den kandidierenden Teilnehmenden im Zuge der Wahl im März 2021 ihre Unterstützung an. Alle Veranstaltungen fanden online statt.

Was war das Ergebnis der Aktivität und was soll in Zukunft noch passieren?

Konkret stellten sich einige Aktivitätsteilnehmende zur Wahl des Leipziger Migrantenbeirats im Frühjahr 2021 auf. Ein Teilnehmender wurde als Nachrücker in das Gremium gewählt.

Allgemein stellte der Verein ein großes Interesse bei seinen Gemeindemitgliedern an zivilgesellschaftlichen und kommunalpolitischen Teilhabemöglichkeiten fest. Deswegen möchte Kings Court sich auch in Zukunft in diesem Bereich engagieren, weitere Veranstaltungsformate erproben und mehr Gäste mit Vorbildfunktion einladen.

Das sagt der Träger:

*Das Projekt hat uns dabei geholfen, Mitglieder und Freunde von Mitgliedern unserer Gemeinde zu sensibilisieren, sich aktiv an der Kommunalpolitik der Stadt Leipzig zu beteiligen. Diese Gruppe hat ein Bewusstsein dafür entwickelt, wie wichtig politische Partizipation ist. Die Motivation liegt tief in der Aufgabe des Migrantenbeirats, die spezifischen Sichtweisen und Vorschläge der Migrant*innen in die kommunalpolitische Diskussion einzubringen und mitzuentscheiden. Die basisdemokratische Grundlage, auf der der Migrantenbeirat steht, ist eine gute Rahmenbedingung für die Aktivierung zur kommunalpolitischen Partizipation.* **JOSEPH OLUMUYIWA**

Kommunalpolitische Erkundungen und Einblicke in Engagementstrukturen

Modellkommune: Landkreis Osnabrück
Träger: Diakonisches Werk in Stadt und Landkreis Osnabrück gGmbH in Zusammenarbeit mit MUJOS – Muslimische Jugendcommunity Osnabrücker Land e. V.
Format: Erkundungen

Was war das Ziel des Projekts?

Frauen mit Einwanderungs- und Fluchtgeschichte im Landkreis Osnabrück sollten Einblicke in Engagementstrukturen vor Ort bekommen. Damit sollte zunächst Wissen über die komplexen kommunalen und landespolitischen Organisationsformen vermittelt werden und anschließend Bewusstsein für gesellschaftliche Teilhabe an kommunalen Strukturen geschärft werden. Die Aktivität beabsichtigte, einen vertrauensvollen, bedürfnisorientierten und interaktiven Rahmen zu schaffen, in dem Motivation für ein Engagement bei den teilnehmenden Frauen gedeihen kann, um darauf aufbauend politisch aktiv zu werden. Die Aktivität ist daher ein gutes Beispiel dafür, wie Informationsvermittlung und Aktivierung fließend ineinander übergehen können.

© Diakonisches Werk in Stadt und Landkreis Osnabrück gGmbH

An wen richtete sich das Projekt und wer war daran beteiligt?

Das Projekt richtete sich vorwiegend an junge Frauen mit Einwanderungs- und Fluchtgeschichte zwischen 17 und 20 Jahren. Kommunalpolitiker*innen waren als Gastreferent*innen beteiligt.

Was wurde gemacht?

Es fanden zwei Wochenendworkshops statt, in denen Strukturen der Kommunalpolitik und der Vereinsarbeit zu-

sammen mit Expert*innen aus Kommunalpolitik, politischer Bildungs- und Gremienarbeit besprochen wurden. Dabei wurde stets auf konkrete, praktische Beispiele zurückgegriffen, die den Alltag der Teilnehmerinnen berührten. Das Format der Wochenendworkshops sorgte für eine vertraute Atmosphäre und einen offenen Austausch. Bei der Simulation einer Parlamentssitzung und bei der kommunalpolitischen Ortsbegehung der Stadt Bad Iburg konnte Kommunalpolitik von der abstrakten auf eine greifbare Ebene gebracht werden. Hier hatten die Teilnehmerinnen die Chance, mit Kommunalpolitiker*innen ins Gespräch zu kommen.

Was war das Ergebnis und was soll in Zukunft noch passieren?

Die Teilnehmerinnen haben Einblicke in kommunalpolitische Strukturen gewonnen und praktische Beispiele des Zusammenspiels von Kommunal- und Landespolitik mit bürgerschaftlichem Engagement kennengelernt. Sie konnten sich selbst in Formaten der politischen Interaktion üben. So konnten die Teilnehmerinnen ein Verständnis für die Bedeutung politischer Debatten mit Bürger*innenbeteiligung entwickeln und Möglichkeiten zur ehren- und hauptamtlichen Beteiligung entdecken.

Das sagt der Träger:

Oft sind die Strukturen und die organisatorischen Umstände von Gremien, Vereinen und Räten zu komplex, sodass ein aktives Mitwirken in diesen Strukturen mit hohen Berührungsängsten einhergeht und an sich hochmotivierte potenzielle Protagonistinnen gehemmt sind, sich aktiv zu engagieren. In unseren Seminarwochenenden und Ortsbegehungen haben wir die Teilnehmerinnen dort abgeholt, wo sie stehen – also bei dem individuellen Wissensstand und -bedarf angesetzt – und dabei eigenen Anliegen und Themen einen gebührenden Raum gegeben. Denn die eigene Selbstwahrnehmung, Identitätssuche und Persönlichkeitsentwicklung ist für gesellschaftliche Partizipation und Teilhabe unabdingbar erforderlich. **HUBERT REISE**

Vernetzen

Vernetzung findet auf persönlicher, ehrenamtlicher und hauptamtlicher Ebene fast immer automatisch statt, wenn sich Menschen für bestimmte Zwecke zusammenfinden. Das gilt auch für *BePart*-Aktivitäten, bei denen die Information und Aktivierung von Menschen mit (familiärer) Einwanderungsgeschichte im Vordergrund stand. Es gab aber auch Aktivitäten, bei denen Vernetzung nicht nur nebenbei geschah, sondern als Hauptziel formuliert wurde. Denn Vernetzung ist eine wesentliche Ressource für die Schaffung nachhaltig wirksamer Teilhabestrukturen. Aber welche Akteure sollen sich an einen Tisch setzen? Und welche Formate und Plattformen kommen für ihre Vernetzung infrage?

Zentrale Erkenntnisse

- **Netzwerke sind eine wichtige Ressource**, die sich auch auf den Erfolg und die Nachhaltigkeit von Projekten und Aktivitäten einzelner und organisierter Akteure auswirkt. Sie bilden die **Grundlage für gesellschaftliche und politische Teilhabe**.
- Die Träger von *BePart* betonen die Wichtigkeit des regionalen und überregionalen Austauschs mit anderen Migrant*innenselbstorganisationen, Vereinen und Initiativen: Einerseits um Erfahrungen und Knowhow auszutauschen und gemeinsame Interessen mit vereinter Stimme stark zu vertreten, andererseits weil die Begegnung mit anderen Eingewanderten zum politischen Empowerment beiträgt.
- Neben dieser migrantischen Vernetzung ist vor allem die Vernetzung mit lokalen und translokalen Akteur*innen aus Politik, Verwaltung, wirtschaftlichen Verbänden u. a. wichtig. Kommunale Integrationsbeauftragte übernehmen hierbei oft eine wichtige Vermittlungs- und Koordinierungsfunktion. Die Vernetzung mit Politik und Verwaltung ist häufig ein Nebeneffekt von Aktivitäten, bei denen Besuche von Gremien und der Austausch mit Gremienvertreter*innen, Kommunalpolitiker*innen usw. im Zentrum standen.

- Auf kommunaler Ebene spielen **Integrations- und Migrationsbeiräte** als stetige Plattformen der Vernetzung und Repräsentation eine zentrale Rolle. Deswegen lag insbesondere in Kommunen, in denen es noch **keine etablierten Repräsentationsgremien** aller Menschen mit Einwanderungsgeschichte gab, ein Fokus auf der **langfristigen Vernetzung und Schaffung von Runden Tischen oder anderen Plattformen**, über die sich migrantische Akteur*innen austauschen, gegenseitig unterstützen und ihre Anliegen gemeinsam besser artikulieren können.
- In anderen Aktivitäten stand die Vernetzung unterschiedlicher Akteur*innen eines **Stadtteils** oder die **Vernetzung einer bestimmten Interessengruppe** (wie Geflüchteter oder Eltern) im Vordergrund.
- Zusätzlich tragen Einzelinitiativen von Vereinen zu einer **informellen Vernetzung** bei. Gute Partnerschaften ergeben sich außerdem häufig dadurch, dass **Einzelpersonen in mehreren Gremien und Organisationen** engagiert sind.
- Für die **Beteiligung an gesellschaftlich relevanten Gremien** wie Kinder- und Elternbeiräten an Schulen und Kindertagesstätten oder Heimbeiräten in Senior*innenheimen spielt zudem die **Vernetzung mit den verbundenen Institutionen und Expert*innen** eine wichtige Rolle, also zum Beispiel mit Pädagog*innen und Leitungspersonal.
- Auf **Bundes- und Länderebene** wiederum ist diese Vernetzung unterschiedlicher migrantischer Akteur*innen u. a. durch **Dachverbände** gegeben. Ein Austausch kann aber auch durch überregionale **Fortbildungen für Multiplikator*innen und Ehrenamtliche**, durch **Newsletter** usw. entstehen.
- Dass während eines Großteils der BePart-Projektlaufzeit durch die COVID-19-Pandemie **analoge persönliche Begegnungen** nur begrenzt möglich waren, verhinderte die wichtige Möglichkeit, sich im Rahmen von Veranstaltungen und Pausengesprächen besser kennenzulernen. Gleichzeitig ermöglichen **digitale Austauschplattformen** eine regelmäßigere, weitreichendere und weniger aufwendige Vernetzung gerade mit räumlich entfernten Akteur*innen.

Mit uns, mit euch, zusammen – Runde Tische als migrantische Interessenvertretung in den Gemeinden im Burgenlandkreis

Modellkommune: Burgenlandkreis
Träger: Forum Ehrenamt im Kirchenkreis Naumburg-Zeitz
Formate: Onlineworkshops, Runde Tische

Was war das Ziel des Projekts?

Das Ziel dieser Aktivität war es, die bislang noch nicht institutionalisierte Repräsentation und Vernetzung von Menschen mit (familiärer) Einwanderungsgeschichte im Burgenlandkreis durch die Schaffung eines Runden Tisches im Mittelzentrum Weißenfels nachhaltig zu stärken.

An wen richtete sich das Projekt und wer war daran beteiligt?

Vertreter*innen verschiedener Communitys mit Einwanderungsgeschichte im Burgenlandkreis, in Zusammenarbeit mit dem Projektträger, dem Landesnetzwerk Migrantenorganisationen Sachsen-Anhalt, dem Oberbürgermeister der Stadt Weißenfels, der Migrationsagentur des Burgenlandkreises, der Integrationsbeauftragten der Stadt Weißenfels und anderen kommunalen Akteur*innen.

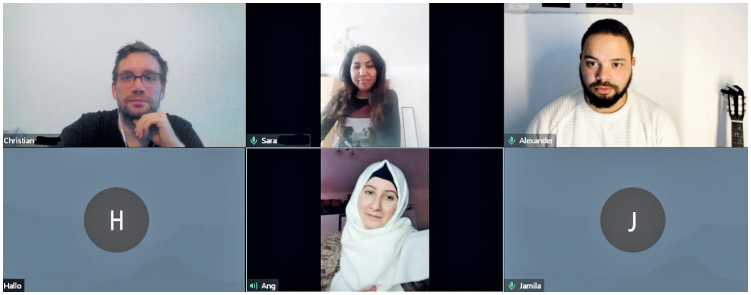
Was wurde gemacht?

Auf die Initiative wurde mit Flyern, über digitale Kanäle und durch persönliche Ansprache aufmerksam gemacht. In Auftaktinformationsveranstaltungen in den städtischen Zentren des Landkreises – Naumburg, Zeitz und Weißenfels – wurden Runde Tische als niedrigschwelliges Vernetzungs- und Repräsentationsgremium vorgestellt. Die Teilnehmenden tauschten sich über ihre Vorstellungen für eine gemeinsame Interessenvertretung aus. Für Interessierte fanden danach Onlineworkshops zu den Themen Vereinsgründung und Vereinsrecht sowie Öffentlichkeitsarbeit und Kommunikation im vorpolitischen Raum statt. In der Stadt Weißenfels fiel die Idee eines Runden Tisches auf fruchtbaren Boden. Um in Weißenfels einen Runden Tisch als Austauschforum und Interessenvertretung verschie-

dener Communitys mit Einwanderungsgeschichte zu gründen, fanden im Dezember 2020 und im Januar 2021 erste Treffen statt.

Was war das Ergebnis und was soll in Zukunft noch passieren?

Der Runde Tisch soll in Zukunft durch monatliche Treffen fest etabliert werden. Das langfristige Ziel des Runden Tisches ist es, in enger Abstimmung mit der Migrationsagentur des Burgenlandkreises, dem Landesnetzwerk Migrantenorganisationen Sachsen-Anhalt und anderen Akteuren der Zivilgesellschaft die Gründung eines Integrationsbeirats im Burgenlandkreis zu unterstützen. Der Runde Tisch in Weißenfels kann zudem zum Vorbild für ähnliche Vernetzungsstrukturen in Zeitz und Naumburg werden.



© Forum Ehrenamt im Kirchenkreis Naumburg-Zeitz

Das sagt der Träger:

Der Runde Tisch ist ein niedrigschwelliges Gremium, in dem die Teilnehmenden im Austausch mit den anderen von ihren individuellen Problemen auf strukturelle Probleme schließen können. Diese Transformation des Problembewusstseins ist der erste Schritt, um geteilte Probleme gemeinsam anzugehen. Die Runden Tische bieten einen Schutzraum, in dem sich die die Communitys zunächst untereinander austauschen können, bevor sie ihre Anliegen ausformuliert in die Aufnahmegesellschaft und den politischen Raum tragen.

CHRISTIAN HEYDER

Kitas sensibilisieren für interkulturelle Öffnung im Elternbeirat

Modellkommune: Erfurt
Träger: Afrikanischer Verein für Kultur und Bildung e. V. (ADKV)
Formate: Online-Seminare, Informationsveranstaltungen

Was war das Ziel des Projekts?

Das Ziel der Aktivität war es, die Repräsentation von Eltern mit Einwanderungsgeschichte in Entscheidungsprozessen und Gremien auf der Ebene der Kindertagesstätten zu fördern. Vor allem sollten sie ermutigt werden, sich in Elternbeiräten zu engagieren. Außerdem sollten Kitas in Erfurt für die Belange von Eltern mit Einwanderungsgeschichte sensibilisiert werden.

An wen richtete sich das Projekt und wer war daran beteiligt?

Beteiligt waren Eltern mit Einwanderungsgeschichte, Kindertagesstätten und ihre pädagogischen Mitarbeitenden. Zudem war der Ausländerbeirat und der Integrationsbeauftragte der Stadt Erfurt eingebunden.

Was wurde gemacht?

Zunächst wurden diverse Kitas in Erfurt, Elternbeiräte und der Ausländerbeirat kontaktiert, um sie auf die Projektidee aufmerksam zu machen und sie miteinander in Verbindung zu bringen. In Zusammenarbeit mit diesen Akteur*innen fanden daraufhin Seminare für Eltern mit Einwande-

Informationsflyer
© Afrikanischer Verein für Kultur und Bildung e. V.

rungsgeschichte statt, bei denen über Möglichkeiten und Bedeutung der Teilhabe in städtischen Gremien oder dem Elternbeirat informiert und die Motivation für ein eigenes Engagement gestärkt werden sollte. Am Anfang der Veranstaltungen diskutierten noch nicht in Gremien engagierte Eltern gemeinsam mit Mitgliedern von Elternbeiräten und des Ausländerbeirats, Mitarbeitenden von Kitas und Schulleitungen sowie mit dem Integrationsbeauftragten der Stadt Erfurt über gesellschaftliches und kommunalpolitisches Engagement. So konnten Fragen direkt mit Expert*innen besprochen werden. In einem zweiten Schritt konnten die Teilnehmenden in kleinen Gruppen und mit Hilfe von Übersetzer*innen über ihre Möglichkeiten der Teilhabe diskutieren.

Was war das Ergebnis und was soll in Zukunft noch passieren?

Die Veranstaltung brachte sehr unterschiedliche Akteur*innen zusammen, die in Erfurt professionell und/oder persönlich mit der Kitabetreuung von Kindern aus Familien mit Einwanderungsgeschichte zu tun haben. Derzeit wird ein International Parent Support Desk bei Facebook aufgebaut, um eine langfristige Vernetzungs- und Informationsplattform zu etablieren. Ziel ist es auch, Tandempartnerschaften zwischen bereits in Gremien engagierten Eltern und Eltern, die sich noch engagieren, zu etablieren. Außerdem sollen Austauschforen wie Eltern-Cafés geschaffen werden.

Das sagt der Träger:

*Es wurde klar, dass den internationalen Eltern ein Raum geschaffen werden muss, um ihre Probleme, Anmerkungen und Fragen besprechen zu können. Denn in unseren kleineren Diskussionsrunden konnten sich die Eltern frei äußern und auch in Kontakt mit Entscheidungsträger*innen, wie z. B. einer Kindergartenleiterin kommen. Diese Knüpfung und die Pflege von wichtigen Kontakten, wie den Erzieher*innen, der Schul- oder Kindergartenleiter*in und Personen in höheren politischen Positionen, ist wichtig, um gegenseitiges Vertrauen aufzubauen. Außerdem hilft es den internationalen Eltern, wenn mehrsprachige Informationsmaterialien bereitgestellt werden.*

MICHAEL SIA

Mir san Lechhauser!

Modellkommune: Augsburg
Träger: Aktionsgemeinschaft Lechhausen e. V.
Format: Workshop

Was war das Ziel des Projekts?

Lechhausen ist neben Oberhausen der Stadtteil Augsburgs mit dem höchsten Bevölkerungsanteil von Menschen mit Einwanderungsgeschichte aus mehr als 80 Herkunfts- und Bezugsländern. Das Ziel der Aktivität war es, ein Stadtteilforum als Interessenvertretung zu gründen. Hier soll die Vielfalt von Bewohner*innen, Vereinen und Organisationen repräsentiert sein und die Interessen des Stadtteils gegenüber der Stadtverwaltung und dem Stadtrat vertreten werden.

An wen richtete sich das Projekt und wer war daran beteiligt?

Migrant*innenorganisationen und andere Vereine sowie Bewohner*innen und Gewerbetreibende aus dem Stadtteil Lechhausen.

Was wurde gemacht?

In einem ganztägigen Auftaktworkshop erarbeiteten verschiedene Organisationen und Gemeinden – darunter die Alevitische Gemeinde, die Syrisch-Orthodoxe Kirche, die Freiwillige Feuerwehr und der Islamische Kulturverein – gemeinsam mit Coaches die Ziele des Stadtteilforums. Die anwesenden Organisationen stimmten sich über ihre Bedarfe und mögliche Zusammenarbeit und Verantwortungsbereiche ab.

Geplant waren zudem kommunale Erkundungen und weitere Treffen zur Verstetigung des Stadtteilforums, die jedoch pandemiebedingt ausfallen mussten.

Was war das Ergebnis und was soll in Zukunft noch passieren?

Die angestoßene Gründung des Stadtteilforums soll in Zukunft verstetigt und aufgeschobene Veranstaltungen nach

der COVID-19-Pandemie nachgeholt werden. Die im Rahmen der Vorbereitungen geleistete Vernetzungsarbeit zwischen sehr verschiedenen zivilgesellschaftlichen Akteur*innen ist ein großer Schritt in Richtung einer breit gefächerten Stadtteilvertretung. Außerdem ist geplant, erweiterte Runde Tische für die gesamte Stadt Augsburg ins Leben zu rufen.

Initialtreffen für einen Stadtteiltreff in Augsburg-Lechhausen
© Aktionsgemeinschaft Lechhausen e. V.

Das sagt der Träger:

*Bei den Treffen standen zum einen das persönliche Kennenlernen und zum anderen die Erarbeitung gemeinsamer Themenschwerpunkte im Vordergrund. Ziel war ein politisches Gremium zu institutionalisieren und gleichzeitig Menschen mit Zuwanderungsgeschichte dafür verstärkt zu motivieren. Es wurden auch strategische Fragen besprochen, zum Beispiel wie man weitere Akteur*innen gewinnen kann und wie sich die zukünftige Zusammenarbeit gestalten soll. Erfreulich war, dass viel Interesse gegenseitig bestand, sich kennenzulernen und eine politische Interessenvertretung für den Stadtteil zu gründen, der allen Menschen offensteht.*

PETER FISCHER

Professionalisieren

Die Professionalisierung motivierter Akteur*innen ist grundlegend, um die Nachhaltigkeit und Wirksamkeit ihres Engagements für mehr Teilhabe zu sichern und Motivation aufrechtzuhalten. Dies gilt umso mehr unter der Bedingung, dass ihr Engagement oft ehrenamtlich stattfindet und ihre Ressourcen begrenzt sind. Auch für Hauptamtliche gilt, dass sie sich inhaltlich und methodisch weiterbilden müssen, um die Teilhabe von Menschen mit (familiärer) Einwanderungsgeschichte stärken zu können. Doch was bedeutet Professionalisierung konkret? Wie können Engagierte am besten strukturell und inhaltlich unterstützt werden, um eine demokratische Teilhabegesellschaft langfristig lebendig zu gestalten?

Zentrale Erkenntnisse

- Sowohl für Ehrenamtliche als auch für Hauptamtliche ist Kommunalpolitik ein neues Feld. Daher gilt es, **inhaltliches Wissen zu neuen Aufgabenbereichen zu vertiefen**, zum Beispiel über die Funktionsweise von Gremien.
- Für viele stellen aber gerade **bürokratische Abläufe, rechtliche Fragen** und **methodische Herausforderungen** die größten Hürden zum zivilgesellschaftlichen und politischen Engagement dar, zum Beispiel bei der Fördermittelakquise, beim Aufbau von Organisationsstrukturen und der Öffentlichkeitsarbeit in sozialen Medien.
- Für ein **selbstbewusstes Auftreten** gilt es darüber hinaus, sich der **eigenen Stärken und eigenen Ressourcen bewusst** zu werden. Außerdem können sich vor allem Neueinsteiger*innen beispielsweise durch **Rhetorik- und Argumentationsworkshops** auf die Vertretung der eigenen Interessen in politischen Kontexten vorbereiten.
- All diese Weiterbildungsmöglichkeiten sollten engagierten Personen möglichst **ohne viel Aufwand gebündelt zur Verfügung gestellt** werden, um den Einstieg zu erleichtern und doppelte Arbeit zu verhindern. Einige *BePart*-Träger äußerten den Wunsch, **Bildungsmaterialien** und Informationen über **Methoden** oder **gute Praxisbeispiele** zu sammeln. So geschieht es bspw. auf der Webseite von *BePart*.

- Abgesehen von diesen personenunabhängigen Ressourcenpools sollten aber vor allem **feste Anlauf- und Beratungsstellen und verlässliche Ansprechpersonen** verlässliche Unterstützungsstrukturen bilden. Sie binden Einzelne und Organisationen außerdem in Netzwerke ein und erfüllen eine **Brückenfunktion** zwischen zivilgesellschaftlichen Akteur*innen auf der einen und Fördermittelgeber*innen, Verwaltung und Politik auf der anderen Seite. Dabei geht es um eine **Begleitung auf Augenhöhe**. Durch diese Stärkung wird die Grundlage für eine **selbstständige Arbeit** geschaffen.
- Von **Vorbildern »aus den eigenen Reihen«** unterstützt, ermutigt und begleitet zu werden, ist vor allem für ehrenamtlich Engagierte besonders wertvoll: Denn diese Vorbilder kennen sich aus und zeigen, dass ein Engagement **innerhalb komplexer Strukturen und trotz diverser Diskriminierungsformen möglich** ist.
- Deshalb sind viele Professionalisierungsaktivitäten, auch bei *BePart*, darauf ausgerichtet, **Multiplikator*innen weiterzubilden und Vernetzung zwischen Migrant*innenselbstorganisationen, Initiativen u. a. zu stärken**. Denn voneinander zu lernen ist das wesentliche Mittel der Professionalisierung. Kommunale Integrations- und Migrationsbeiräte sowie ihre landes- und bundesweiten Dachverbände spielen dafür als etablierte Plattformen des Austauschs, der Weiterbildung und der gegenseitigen Unterstützung eine wichtige Rolle.
- Schirmprojekte und -programme wie *BePart* können nicht nur Organisationen in bürokratischen, methodischen und inhaltlichen Fragen unterstützen, sondern ermöglichen auch einen **überregionalen Austausch** zwischen Projekten mit ähnlichen Zielen und Herausforderungen.
- Für ein nachhaltiges und wirksames Engagement gilt es aber vor allem, **sichere Rahmenbedingungen und konstante Unterstützungsangebote** zu schaffen. Denn die Sorge um fehlende finanzielle Mittel, Räumlichkeiten, Personal usw. sollte nicht die Ressourcen und die Motivation engagierter Akteur*innen für ihr inhaltliches Engagement überdecken.

Ausbildung von Botschafter*innen für Nachhaltigkeitsziele zur Mitwirkung in Frankfurter und hessischen Gremien

Modellkommune: Frankfurt am Main
Träger: KONE Netzwerk zur Förderung kommunikativen Handelns e. V.
Format: Seminare, Rhetorik- und Argumentationstraining

Was war das Ziel des Projekts?

Ziel der Aktivität war es, Menschen mit Einwanderungsgeschichte in Hessen für die Arbeit in Gremien auf kommunaler und Landesebene und als Botschafter*innen für Nachhaltigkeitsziele weiterzubilden. Die Schulungen und Trainings sollten interessierte Menschen für ein selbstbewusstes gesellschaftliches und politisches Engagement als Expert*innen empowern.

An wen richtete sich das Projekt und wer war daran beteiligt?

Beteiligt waren Menschen mit Zuwanderungsgeschichte in Hessen mit Interesse an Nachhaltigkeit und (kommunaler) Gremienarbeit.

Was wurde gemacht?

In einem ersten Modul erklärten Referent*innen der Kommunalen Ausländer- und Ausländerinnenvertretung Frankfurt am Main (KAV) und des Vereins Umweltlernen e. V. ihre Arbeit und Engagementstrukturen in Frankfurt am Main. Das zweite Modul war ein Rhetorik- und Argumentationstraining, das die Teilnehmenden für ein sicheres Vertreten ihrer Anliegen in Gremien stärken sollte. In einem dritten Modul lag der Fokus auf dem Thema Nachhaltigkeit. Es fand eine digitale Erkundung der bereits bestehenden Strukturen zur Nachhaltigkeitsförderung in der Stadt statt. Daraus erarbeiteten die Teilnehmenden ihre Ziele für die Zukunft und diskutierten, wie und in welchen Gremien sie sich für diese Ziele einsetzen können.

Was war das Ergebnis und was soll in Zukunft noch passieren?

Dadurch dass sich die Aktivität insbesondere an Personen richtete, die bereits in Vereinen engagiert sind, konnte sie gezielt deren Professionalität und Wirksamkeit als Sprachrohre ihrer Communitys stärken, indem ihnen entsprechende Informationen und Werkzeuge an die Hand gegeben wurden. Es wurden konkrete Wege zu Teilhabemöglichkeiten aufgezeigt. Die Multiplikator*innen hatten die Möglichkeit, von den Erfahrungen der anderen zu profitieren. Die ausgebildeten Botschafter*innen werden in Zukunft weiterhin vom Träger begleitet und beraten.

© KONE Netzwerk zur Förderung kommunikativen Handelns e. V.

Das sagt der Träger:

Ein wichtiger Bestandteil der Weiterbildung und Professionalisierung ist der Austausch und die Vernetzung: Um Erfahrungen auszutauschen und Wandel in den Kommunen gemeinsam anzugehen, haben die Teilnehmenden Best-Practice-Beispiele aus ihren Herkunftsländern identifiziert und sich mit gleichgesinnten Organisationen vernetzt. Es ist eine gewisse Sichtbarkeit erforderlich, um sich von der Politik Gehör zu verschaffen. Das gelingt am besten, wenn man sich community-übergreifend vernetzt.

CHARLOTTE NDAMM-NJIKOUFON

»Hilfe, ich bin im Vorstand!« Unterstützungsangebot für ehrenamtliche Vorstandsarbeit

Modellkommunen: Augsburg, Berlin, Erfurt
Träger: Förderverein des Bundeszuwanderungs- und Integrationsrates e. V.
Format: Online-Seminare, Broschüre

Was war das Ziel des Projekts?

Vorstandsarbeit beansprucht viele Ressourcen. Auch Ehrenamtliche müssen viel Zeit, Arbeit und Knowhow investieren sowie Verantwortung tragen. Viele Vereine, Verbände und Gremien haben daher Probleme, ehrenamtliche Führungspositionen zu besetzen, während gleichzeitig die Erwartungen seitens der Fördermittelgeber steigen, dass diese sich professionalisieren. Das Ziel der Aktivität war es daher, Ehrenamtlichen in Vorständen systematische Hilfestellungen zur Vorstands- und Lobbyarbeit zu geben, um die Entwicklung ihrer Vereine und Verbände zu unterstützen und zu fördern.

An wen richtete sich die Aktivität und wer war daran beteiligt?

Ehrenamtlich Engagierte, insbesondere in Integrationsbeiräten, Vereins- und Verbandsvorständen, Trainer*innen des »UPJ Netzwerk für Corporate Citizenship und CSR« als Referent*innen im dritten Seminar.

Was wurde gemacht?

Es fanden Onlineseminare mit drei inhaltlichen Schwerpunkten statt: Im ersten Seminar ging es um Grundlagen für eine gute Zusammenarbeit im Vorstand und mit dem Hauptamt, um Rollenverständnisse, Strategieentwicklung und eine teilhabegerechte Sitzungskultur. Zudem wurden Grundlagen des Vereinsrechts und des Mitgliedermanagements vermittelt. Im Seminar »All local is political« wurden Grundlagen der politischen Lobbyarbeit von Migrant*innenorganisationen oder Gremien als Interessenvertretungen besprochen. Besonderes Interesse bestand an der Gestal-

tung von Inhalten für die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit und an der sinnvollen Nutzung Sozialer Medien. In einem dritten Seminar wurden erfolgsversprechende und nützliche Wege für die Kooperation mit Unternehmen aufgezeigt.

Was war das Ergebnis und was soll in Zukunft noch passieren?

Als Ergebnis der Veranstaltungsreihe wurde eine Broschüre mit den wichtigsten Inhalten aller Veranstaltungen erstellt. Der Bundeszuwanderungs- und Integrationsrat bietet zudem kontinuierlich Weiterbildungsveranstaltungen für Menschen mit (familiärer) Einwanderungsgeschichte in Gremien, Vereinen und Verbänden an.

Deckblatt der Broschüre »Hilfe, ich bin im Vorstand«

© Bundeszuwanderungs- und Integrationsrat

Das sagen die Teilnehmenden:

Die vielen möglichen Formen von Kooperationen waren mir nicht bewusst. Durch die Sitzung habe ich erst erkannt, was wir bereits schon anwenden und an welchen Stellen wir noch Kooperationen ausbauen könnten.

*Eine Struktur, wie Treffen mit Politiker*innen ablaufen und was ich beachten muss, gibt mir Sicherheit für zukünftige Treffen.*

Ich muss meine Stimme nutzen, sonst tun es andere, die meine Probleme nicht kennen, für mich.

6. Haupterkenntnisse der wissenschaftlichen Begleitung

Die Kleinprojekte, die im Rahmen des Projekts *BePart* stattgefunden haben, wurden von Elisa Deiss-Helbig und Andreas M. Wüst wissenschaftlich begleitet.

Die beiden **Wissenschaftler*innen haben während der Projektphase beobachtend an Veranstaltungen teilgenommen und Integrationsbeauftragte, Projektverantwortliche, Teilnehmende und Coaches vor Ort befragt.** Zudem wurden die **Abschlussberichte der Teilprojekte** ausgewertet und mit den Projektanträgen abgeglichen.

Sie entwickelten Parameter, um den Erfolg der Aktivitäten zu evaluieren. So befragten sie Teilnehmende mittels standardisierter Fragebögen zu ihren Erwartungen vor und zu ihrer Bilanz nach besuchten Veranstaltungen und ergänzten diese Befunde um Informationen der Projektverantwortlichen, etwa zu Kandidaturen für ein Gremium im Nachgang einer Aktivität. Die im Rahmen der Kleinprojekte durchgeführten Veranstaltungen wurden in Hinsicht auf ihre Ziele, ihre Zielgruppe(n) sowie ihre Umsetzung kategorisiert.

Auf Grundlage ihrer Begleitung und Analyse zogen Wüst und Deiss-Helbig einige **Schlussfolgerungen und gaben Empfehlungen**:

- Veranstaltungen, die konkrete mobilisierende und motivierende Elemente enthielten, waren erfolgreicher als rein informative Veranstaltungen. Als besonders erfolgreich erwiesen sich zudem Weiterbildungsveranstaltungen, die sich an Zielgruppen mit Vorerfahrungen und -wissen richteten.
- Hinsichtlich der Professionalität konnten vor allem zwei Gruppen angesprochen werden: Personen, die bisher kaum involviert waren und »Profis«. **Moderat Involvierte oder Interessierte waren hingegen schwerer zu erreichen**.

- **Kleinprojekte, die in mehreren Modellkommunen durchgeführt wurden, hatten einen weit überdurchschnittlichen Erfolg.** Hier kamen häufig professionelle Inhaltsvermittlung und Organisation, Interaktivität und ein stärkerer Fokus auf Weiterqualifikation bereits engagierter Menschen zusammen.
- Bei den Veranstaltungsformaten war der Erfolg vor allem von der Abstimmung mit den Kapazitäten und Fähigkeiten der Veranstaltenden auf der einen, und den Vorkenntnissen und Erwartungen der Zielgruppe auf der anderen Seite abhängig. **So waren digitale Veranstaltungen besonders erfolgreich, solange sie von vornherein digital geplant waren und sich an Teilnehmende mit den notwendigen technischen Skills richteten.**
- Es lohnt sich, **Personen mit geringen deutschen Sprachkenntnissen und inhaltlicher Vorbildung entgegenzukommen**: Zum Beispiel durch Vorqualifizierungsworkshops und/oder die Einbindung von muttersprachlichen Coaches und Dolmetscher*innen.
- Eine enge **Kooperation der Projekte mit aktuellen Mitgliedern der anvisierten Gremien kann dazu beitragen, Gremien nahbarer zu machen** und dadurch Beteiligungshürden, vor allem im Falle von Zielgruppen, die durch Sprachschwierigkeiten etc. besonders hohe Hürden haben, zu senken.
- Vorbereitende Arbeiten können den Veranstaltungserfolg erhöhen, doch verlieren Veranstaltungen hierdurch ihren niedrigschwelligen Charakter. Komplexere Vorhaben wie Arbeitsgemeinschaften mehrerer Akteur*innen profitieren von Vorarbeiten.
- Die **Ansprache und Werbung für Veranstaltung innerhalb bestehender Gruppen und Netzwerke** funktionierte gut. Personen jenseits dieser Netzwerke zu erreichen, fordert hingegen mehr Anstrengung und methodische Kreativität.
- Professionelle, längerfristig angelegte Integrationsarbeit vor Ort und die Vernetzung von Aktivitätsträgern oder eine überregionale Koordination von Veranstaltungen sind Faktoren, die das Erfolgspotenzial erhöhen.

Fazit

Es besteht großes Potenzial, mehr Menschen mit (familiärer) Einwanderungsgeschichte in gesellschaftlich relevanten Gremien an politischen Entscheidungsprozessen zu beteiligen. Denn es mangelt nicht am Wunsch Verantwortung zu übernehmen, sondern häufig an Wissen über die eigenen Rechte und Teilhabemöglichkeiten, an Selbstbewusstsein und an strukturellen Ressourcen.

Menschen über ihre politischen Beteiligungsrechte und insbesondere über gesellschaftlich relevante Gremien in ihrem Umfeld zu informieren, funktioniert am besten in partizipativen Formaten, in denen direkte und konkrete Handlungsmöglichkeiten aufgezeigt werden. So geht Information direkt in Aktivierung über.

Die beteiligten Akteur*innen werden dabei meistens »nebenbei« vernetzt und weitergebildet. Aber auf Professionalisierung und Vernetzung ein eigenes Augenmerk zu legen, lohnt sich: Denn sie garantieren die Effektivität und Nachhaltigkeit des Engagements.

Bei der Wahl von Methoden, Formaten und der inhaltlichen Ausrichtung gibt es kein Einheitsrezept. Das würde sowohl der Heterogenität von Menschen mit (familiärer) Einwanderungsgeschichte als auch den verschiedenen kommunalen und organisatorischen Bedingungen nicht gerecht werden. Vielmehr sollten Aktivitäten an den verschiedenen Zielgruppen, ihren Bedarfen und Kapazitäten sowie den Ressourcen der Träger ausgerichtet werden.

Es ist wichtig, sich auf Augenhöhe zu begegnen und Zugänge zu Aktivitäten müssen niedrigschwellig gestaltet werden. In diesem Rahmen verspricht gerade die Vielfalt von Anspracheformaten und Medien, möglichst viele Menschen zu erreichen, zu informieren und aktivieren.

Für alle Strategien gilt: Um Menschen zum Engagement in gesellschaftlich relevanten Gremien zu motivieren, sollten konkrete Bezüge zur eigenen Lebensrealität und Wege zur Teilhabe aufgezeigt werden. Das geschieht idealerweise durch direkten Kontakt mit Menschen, die aus ähnlichen Lebensbedingungen heraus bereits erfolgreich gesellschaftlich und politisch aktiv sind. Dadurch

wird gesellschaftliches und politisches Engagement von einem abstrakten Begriff zu einem realisierbaren Weg innerhalb der eigenen Möglichkeiten. Außerdem steigt das Vertrauen in die Wirksamkeit des eigenen Engagements.

Hierfür ist es auch wichtig anzuerkennen und wertzuschätzen, dass alle involvierten Akteur*innen mit ihren Expertisen, Fähigkeiten und Ressourcen wichtige Beiträge zur Stärkung pluraler demokratischer Teilhabe leisten können.

Nur indem Ressourcen und Knowhow gebündelt und ganz unterschiedliche Akteur*innen miteinander vernetzt werden, können sie wirklich etwas in Bewegung bringen und für gemeinsame Interessen wirksamer eintreten. Das gilt für die Vernetzung migrantischer Akteur*innen untereinander ebenso wie für die Vernetzung mit Akteur*innen aus Politik, Verwaltung und Wirtschaft oder Schulen, Kindergärten, Senior*innenheimen, Verbänden usw.

Eine nachhaltige Ermöglichung von Teilhabe setzt aber auch immer voraus, dass für zivilgesellschaftliches und politisches Engagement auf individueller und organisatorischer Ebene strukturelle Sicherheit geschaffen wird. Dazu zählt zum einen die Zusicherung von personellen, finanziellen, räumlichen und technischen Ressourcen und verlässlichen Ansprechpartner*innen. Zum anderen müssen aber auch Strukturen in der Verwaltung und Förderlandschaft geöffnet werden, zum Beispiel durch die Vereinfachung von bürokratischen Prozessen, leichter Sprache und Mehrsprachigkeit sowie durch klare Strategien gegen Diskriminierung.

Die Offenheit und Sicherheit von Strukturen und die sichtbare Beteiligung von Menschen mit (familiärer) Einwanderungsgeschichte am öffentlichen Leben sind auch Hinweise darauf, wie selbstverständlich Pluralität in politischen Entscheidungsprozessen in der Gesellschaft ist. Dass Diversität als Potenzial und Bereicherung und nicht als Hürde wahrgenommen wird und Menschen mit (familiärer) Einwanderungsgeschichte im Prozess der Öffnung und Diversifizierung von Teilhabestrukturen zentrale Akteur*innen und nicht passive Zuschauende sind, ist grundlegend dafür, dass sie nachhaltig besser repräsentiert sind.

Literaturverzeichnis

Fachkommission Integrationsfähigkeit, 2020: Gemeinsam die Einwanderungsgesellschaft gestalten. Bericht der Fachkommission der Bundesregierung zu den Rahmenbedingungen der Integrationsfähigkeit. Berlin. https://www.fachkommissionintegrationsfähigkeit.de/resource/blob/1786706/1787474/fb4dee12f1f2ea5ce3e68517f7554b7f/bericht-de-data.pdf?download=1 (03.02.2021).

Konferenz der für Integration zuständigen Ministerinnen und Minister/Senatorinnen und Senatoren der Länder, 2019: Fünfter Bericht zum Integrationsmonitoring der Länder Bericht 2019 Berichtsjahre 2015–2017. https://www.integrationsmonitoring-laender.de/sites/default/files/integrationsbericht_2019_n2.pdf#page=114 (27.09.2021).

Mediendienst Integration, 2021: Mehr Abgeordnete mit Migrationshintergrund. https://mediendienstintegration.de/artikel/mehr-abgeordnete-mit-migrationshintergrund-1.html (04.10.2021).

Schönwalder, K., Sinanoglu, C., Volkert, D., 2011: Vielfalt sucht Rat. Ratsmitglieder mit Migrationshintergrund in deutschen Großstädten. https://heimatkunde.boell.de/sites/default/files/2011-12-vielfalt_sucht_rat.pdf (27.09.2021).

Statistisches Bundesamt, 2021: Bundestagswahl 2021: Jede dritte Person mit Migrationshintergrund war wahlberechtigt. https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2021/10/PD21_463_125.html (13.10.2021).

[SVR] Forschungsbereich beim Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration, 2020: Mitten im Spiel – oder nur an der Seitenlinie? Politische Partizipation und zivilgesellschaftliches Engagement von Menschen mit Migrationshintergrund in Deutschland. https://www.svr-migration.de/wp-content/uploads/2021/03/SVR-FB_Studie_BePart.pdf (13.10.2021).

Einwanderung prägt die deutsche Gesellschaft. Jedoch nehmen Personen mit (familiärer) Einwanderungsgeschichte noch nicht in gleichberechtigter Weise am öffentlichen Leben teil. Bisher sind sie an der politischen Mitgestaltung der Gesellschaft wenig beteiligt.

Um dieser Unterrepräsentation entgegenzuwirken, hat sich das Projekt *BePart – Teilhabe beginnt vor Ort!* zum Ziel gesetzt, die gesellschaftliche und politische Teilhabe von Menschen mit Einwanderungsgeschichte auf kommunaler Ebene und in gesellschaftlich relevanten Gremien zu stärken. Im Rahmen des Projektes werden in Modellkommunen bundesweit partizipative Projektaktivitäten mit einem aufsuchenden politischen Bildungsansatz von lokalen Migrant*innenselbstorganisationen und Vereinen durchgeführt und wissenschaftlich sowie praxisorientiert ausgewertet.

Dieses Praxisbuch beleuchtet die wichtigsten Erkenntnisse aus Studien zur politischen Teilhabe von Menschen mit (familiärer) Einwanderungsgeschichte in Deutschland und stellt sie dem Handlungsansatz und den Haupterkenntnissen der wissenschaftlichen Begleitung des Projekts gegenüber. Es hat zum Ziel, Erfolgsfaktoren für politische Teilhabe zu identifizieren und auf Grundlage der Erfahrungen des Projekts erfolgreiche Strategien und Handlungsoptionen abzuleiten. Gelungene Aktivitätsbeispiele aus BePart sollen engagierten Akteur*innen als Handreichung und Inspiration dienen.

minor projektkontor für bildung und forschung

minor - projektkontor für bildung und forschung
alt-reinickendorf 25 • 13407 berlin
minor@minor-kontor.de • www.minor-kontor.de

Das Projekt “BePart - Teilhabe beginnt vor Ort!” wird von der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration und der Bundeszentrale für politische Bildung gefördert.

ISBN 978-3-96729-143-8

Gefördert durch
Die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration

Gefördert durch die
bpb: Bundeszentrale für politische Bildung